

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 8482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreizehnpaltige Zeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: E. Prüll, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanhänge 2 28 41 und 2 28 42.

### Partei der Zerstörung - Partei des Aufbaus.

Die NSDAP. ist die Partei der Zerstörung. Wir sind die Partei des Aufbaus.

Jene Partei und die Regierung, die sie beschützt, nennen sich Ordnungsparteien. Sie wollen die Ordnung wiederherstellen. In Wirklichkeit zerstören sie die staatliche Ordnung.

Was bedeutet die staatliche Ordnung, so wie diese im modernen Staatsbewußtsein breiter Massen verankert ist? Sie muß die Grundlagen für das Zusammenleben im Staat von Personen und Klassen, die verschiedene Bestrebungen und Überzeugungen haben, sichern. Zur Sicherung dieser Grundlagen gehört die Verfassung, die den Rahmen für das staatliche Zusammenleben schafft. In dem von der Verfassung gezeichneten Rahmen sollen die Personen und die Klassen ihre Freiheiten besitzen, Freiheit der Rede und der Schrift, der Versammlung und der Organisation. Das staatliche Leben ist erfüllt von dem Kampf der Gruppen mit gleicher Überzeugung für ihre Ziele und Bestrebungen. Die Verfassung und die Freiheitsrechte, die sie gewährt, müssen den Kampfboden für die Austragung dieser Kämpfe sicherstellen. Nur ein Staat, der diesen Bedingungen genügt, ist in Wirklichkeit ein Ordnungsstaat. Diesen Staat möchte jetzt die vordringende Reaktion zerstören. Die Verfassung und die darin enthaltenen Freiheiten sollen vernichtet, der Kampfboden soll zerstört werden. An die Stelle soll treten, was die Reaktion als Ordnungsstaat zu bezeichnen beliebt, was aber in Wirklichkeit ein Sklavenstaat ist.

Die Republik baut zahlreiche Ansatzpunkte eines sozialen Volksstaats aus, dessen Ausbau und weitere Entwicklung uns als wichtige, von der Wirtschaftskrise jäh unterbrochene Aufgaben gestellt sind. Kollektives Arbeitsrecht, Tarifvertrag, Schlichtungswesen, Sozialversicherung, Arbeitszeitverkürzung, mit anderen Worten Sozialpolitik im weitesten Sinne, sollten die sozialen Ungerechtigkeiten des Kapitalismus einigermaßen abschwächen und gleichzeitig den Weg des sozialen Aufstiegs vorbereiten. Die Zerstörungsparteien sind jetzt eifrig am Werke, die Ansatzpunkte des sozialen Staates zu vernichten. Sie befinden sich in der Hektik jener Gruppen von Großgrundbesitzern und Trummagnaten, deren wichtigstes Ziel die Zerstörung des sozialen Arbeitsrechts und der Sozialpolitik ist.

Indessen wollen sie auch die Wirtschaft, die Existenzgrundlage der Volksmillionen, die noch in Arbeit stehen, und der anderen, die wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden sollen, zerstören. Wir kennen ihre Pläne, so sehr sie auch in vielen Punkten unklar und verschwommen sein mögen. Zerstört soll werden die Währung. Zerstört soll werden der Außenhandel, der durch Förderung des Binnenmarktes in keiner Weise ersetzt werden kann. Zerstört soll werden das Kreditwesen, der Lebensnerv der kapitalistischen Wirtschaft.

Der Auslandskredit, der Möglichkeiten der Wirtschaftskrankentherapie bietet, soll verboten, der Inlandskredit gewaltig gedrosselt werden. Der öffentlichen Wirtschaft gilt der Haß und die Abneigung dieser Partei, die die öffentlichen Unternehmungen so weit wie möglich dem privaten Kapital ausliefern will.

Was soll an die Stelle des zu zerstörenden sozialen und wirtschaftlichen Gebäudes errichtet werden? Wenn die Sozialisten überlebte und ungerechte Einrichtungen der wirtschaftlichen Ordnung beseitigen wollen, so haben sie klare Vorstellungen darüber, was sie an ihre Stelle setzen. Sind sie gegen lebenswichtige Einrichtungen des Kapitalismus, so wissen sie, daß diese nur abgeschafft werden können, wenn an die Stelle der kapitalistischen die neue Wirtschaftsordnung des Sozialismus tritt. Welcher Aufbau wird uns aber versprochen von denen, die zwar das Wort Sozialismus im Namen der Partei führen, davon jedoch nicht das geringste verwirklichen wollen. Wir kennen nur zwei Schlagworte, die als „Aufbaupläne“ gelten sollen, Autarkie und Arbeitsdienstpflicht. Indessen steht von einer autarkischen Selbstversorgung der Wirtschaft unter Absperrung der Waren und der Kapitalien des Auslandes fest und wurde von den Wirtschaftskundigen mit völliger Einmütigkeit gezeugt, daß eine solche Absperrung nur zur Verelendung der Bevölkerung führe, und daß das Sich-Großhungern, wie es gefordert wird, in Wirklichkeit ein Verhungern ist. Ebensovienig dürfte ein Zweifel darüber bestehen, daß die Arbeitsdienstpflicht keine Erleichterung der Wirtschaftskrise und keine Lösung des Arbeitslosenproblems bietet.

So sehen wir bei unseren Gegnern die Zerstörung am Werke und nur die Zerstörung.

Wir dagegen sind die Partei des Aufbaus.

Wer den Aufbau will, der will den Kampf. Den Kampf für die soziale Gerechtigkeit und für den Wirtschaftsaufstieg, der der fürchterlichen Arbeitslosigkeit unserer Tage ein Ende setzen soll.

Wer den Aufbau will, der schützt die politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten, die demokratische Selbstbestimmung der Staatsbürger im Staat und im Betrieb, der schützt die Arbeitsrechte und verteidigt den Kampfboden der aufstrebenden Klassen.

Wer den Aufbau will, der kämpft gegen den feudalen Großgrundbesitz und die feudalen Schlotbarone, die Rußnießer einer verderblichen Monopolwirtschaft.

Wer den Aufbau will, der kämpft gegen das Wirtschaftssystem, das die Menschen nicht zu ernähren und zu beschäftigen vermag, der kämpft für die Beseitigung des anarchischen Systems des Kapitalismus und für die Errichtung einer sozialistischen Planwirtschaft!

### Der Zuchthausstaat der Nazis.

Der Redaktion des „Vorwärts“ ist ein Geheimdokument auf den Tisch geflogen, welches die Hungerpläne der Nazis mit wenigen Strichen scharf umreißt. Das Dokument ist eine Eingabe der NSDAP., Gau Groß-Berlin, an die Reichsleitung in München. Es werden Vorschläge gemacht, wie vom Berliner Gesichtspunkt aus die Wirtschafts- und Sozialversicherung im Dritten Reich gestaltet werden soll.

Das gesamte Lohn- und Gehaltsniveau soll auf den Stand der Jahrhundertwende zurückgebracht werden. Die heute so niedrigen Löhne und Gehälter erfahren nach diesen Plänen eine Senkung von 25 bis 50 v. H. Grundförmlich soll der Leistungslohn eingeführt werden. Die Sozialpolitik im marxistischen Sinne muß aufhören. Es soll nur an ganz Bedürftige eine Nothilfe gewährt werden, und zwar von 60 Pf. je Tag und Empfänger. Aber die Gewährung dieser Nothilfe soll auf Vorschlag der Gemeinde die zuständige Sektion der NSDAP. entscheiden. An Stelle der Krankenkassen soll das System der Betriebsparkasse treten. Was es mit Betriebsparkassen auf sich hat, haben wir beim Konkurs von Nordwolle und dem Zusammenbruch der Vorfig-Werke gesehen. Die seit 50 Jahren hochentwickelte deutsche Krankenversicherung, die dem gesamten Ausland als Vorbild diente, soll verschwinden. Dafür sollen die Spargelder der Arbeiter dem Unternehmer überantwortet werden.

Neben anderem, wie Verbot aller demokratischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Zeitungen, der Abschaffung des Beamtenrechts und Überführung der Beamten in das Angestelltenverhältnis, fordern die Nazis das Verbot der Gewerkschaften. Bis zum organischen Aufbau des berufskundlich gegliederten Staates soll die Verfassung des Dritten Reiches paritätisch mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern besetzten Nationalen Gewerken in der praktischen Regelung überlassen bleiben.

Alle Gewerkschaften werden verboten und aufgelöst. Ausgenommen soll nur der Deutsche Gewerkschaftsbund werden (christliche Gewerkschaften), der mit seinen angeschlossenen Unterverbänden die Keimzelle für den Aufbau der Nationalen Gewerke bilden soll.

Vermutlich werden aber die braunen Brummer auf die Erfüllung ihrer Wünsche noch etwas warten müssen, trotz der dicken Freundschaft mit der Regierung Papen-Chemietrust.

### Sind die KPD.-Führer gesund?

Am 9. August 1931 ging die KPD. mit Stahlhelm und Nazis zum Volksentscheid für die Beseitigung der Regierung Braun-Severing in Preußen. Und als die Papen-Chemietrust-Regierung mit der Reichswehr gegen Severing zog, da forderte die KPD. die Gewerkschaften und die SPD. auf, mit ihr den Generalfreik zu beginnen.

Wie kommt die KPD. zu solchem Verlangen? Ihr Wunsch, fort mit Braun-Severing, ist doch durch die Reichsregierung erfüllt. Da muß doch im Obersächsischen etwas nicht in Ordnung sein. Die KPD. wird gut tun, ihre Leitung von einem tüchtigen Psychiater untersuchen zu lassen.

Wie muß es aber auch in den Köpfen solcher Leute aussehen, die hinter dieser „Führung“ herlaufen, und die der Regierung Papen Beifall klaffen.

So berichtet nämlich die „Vossische Zeitung“ (Morgenblatt vom 22. Juli) aus Kassel: „Als gestern abend in einer kommunistischen Versammlung in Kassel die Festnahme des Berliner Polizeipräsidenten Erzesinski, des Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß und des Kommandeurs der Schutzpolizei Heimannsberg bekanntgegeben wurde, erhob sich ein gewaltiger Beifallssturm, durch den die Kommunisten ihrer Freude über das Vorgehen der Reichsregierung drastisch Ausdruck gaben.“

Wenn man eine solche Nachricht liest, zerbricht man sich vergeblich den Kopf, mit welchen Elementen man es eigentlich

bei den Kommunisten zu tun hat. Ein brutaleres Vorgehen der Reaktion gegen das arbeitende Volk wie in den letzten Wochen hat man in Deutschland noch nie erlebt. Trotzdem wird ein solcher Handstreich von einer kommunistischen Versammlung mit einem „gewaltigen Beifallssturm“ quittiert. Daraus ergibt sich wieder, daß die Kommunisten nichts anderes als Helfershelfer der Reaktion sind.

### 20. Juli - 11. August.

Die Papen-Chemietrust-Regierung hat bekanntlich am 20. Juli durch Verfassungsbruch und ... Militärgewalt die preußische Regierung beseitigt. Diese Reichsregierung will am 11. August eine Verfassungsfeier abhalten. Den Festredner bedauern wir, der verurteilt wird, die Rede zu halten.

Zur Sache selbst fragen wir noch nach:

Die preußische Regierung hat vor dem Staatsgerichtshof Klage eingereicht. Dieser hat es abgelehnt, eine einstweilige Verfügung gegen die Anordnung der Reichsregierung zu erlassen. Die Verhandlung vor demselben hat aber ergeben, daß der Reichskanzler und die Reichskommissare nicht das Recht hatten, sich als preußische Staatsminister zu bezeichnen. Hervorragende Autoritäten auf dem Gebiete des Staats- und Verfassungsrechts haben den Standpunkt des Staatsministeriums anerkannt, daß seitens der Reichsregierung eine Verfassungsverletzung vorliegt. Wie auch die weitere juristische Behandlung des Falles ausgehen mag, so dürfte dennoch bewiesen sein, daß die Reichsregierung zu einem Verfassungsbruch greifen mußte, um ihren reaktionären Bestrebungen Geltung zu verschaffen. Die verantwortungsvollen Minister des Reiches mußten es sich auch von dem Überwachungs-ausschuß des Reichstages sagen lassen, daß ein solches Vorgehen ungesetzlich und in der Geschichte des preußischen Parlamentarismus ohne Beispiel ist. Der Überwachungs-ausschuß hat die Regierung durch einstimmigen Beschluß aufgefordert, alle seit dem 20. Juli getroffenen Maßnahmen sofort wieder rückgängig zu machen. Die Reichsregierung wird sich auch gegenüber dem Überwachungs-ausschuß taub stellen. Sie ist ja stark, denn Hitler und Reichswehr sind zwei Faktoren, auf die man sich stützen kann. Trotz ihrer Stärke — seit 1918 ist die jetzige Reichsregierung die rückständigste — ist die Regierung von einer mimosenhaften Empfindlichkeit. Das braucht keine Regierung zu sein, die sich zum Gesamtvolk objektiv einstellt.

Die Arbeitnehmerschaft ist nicht schuld, daß sie dieser Regierung gegenüber zehnfach wachsam und mißtrauisch sein muß.

### Das Werk der Kriegsbeher.

Die Soldatenverluste des Weltkrieges 1914 bis 1918 betragen:

	Mobilisierte	davon Tote	Verwundete
Deutschland . . . . .	13 260 000	1 885 000	4 248 000
Österreich-Ungarn . . . . .	9 000 000	1 450 000	2 000 000
Türkei . . . . .	1 800 000	437 000	675 000
Bulgarien . . . . .	500 000	101 000	100 000
Rußland . . . . .	12 000 000	2 753 000	3 500 000
Frankreich . . . . .	8 200 000	1 426 000	2 560 000
England . . . . .	9 500 000	945 000	2 120 000
Italien . . . . .	5 600 000	507 000	950 000
Serbien . . . . .	700 000	400 000	150 000
Rumänien . . . . .	1 000 000	339 000	170 000
Belgien . . . . .	400 000	267 000	100 000
USA . . . . .	4 200 000	107 000	240 000
Anderer . . . . .	600 000	60 000	240 000
	66 760 000	10 677 000	17 053 000

Die „Vermissten“ sind nicht aufgeführt, sie müssen heute zu den Toten gerechnet werden, wir zählen dann über 11 Millionen Tote. Die Särge der Gefallenen, nebeneinandergestellt, würden eine Strecke von Paris bis Wladimirofok bedecken. Nehmt die Weltkarte zur Hand und seht euch diese Strecke an!

Insgesamt gingen nach amerikanischen Berechnungen an wirtschaftlichen Werten für 400 Milliarden Dollar oder 1680 Milliarden Mark durch Sachwertzerstörung und Produktionsausfall verloren. Hiermit könnte man jeder Familie in Deutschland, Österreich, Rußland, Frankreich, England, in den Vereinigten Staaten, Kanada und Australien

ein Haus bauen im Werte von . . . 10 000 Mark mit einer Wohnungseinrichtung für . . . 4 000 Mark und mit einem Garten für . . . 2 000 Mark

und von der übrigbleibenden Summe könnte in jeder Stadt von 20 000 Einwohnern erbaut werden:

eine Riesensbibliothek im eigenen Gebäude, ein Krankenhaus, ein Pflegeheim und ein Altersheim mit Einrichtung sowie höhere Lehranstalten mit freiem Schulbesuch.

### Ultima ratio.

Der Reichswehrminister Schleich er hat am 26. Juli eine Rundfunkrede gehalten und hierbei den Satz gesprochen:

„Die Wehrmacht stellt auch die Ultima ratio des Staates dar, und ihr Einsatz muß in kürzester Frist Ruhe und Ordnung wiederherstellen und die Staatsautorität voll zur Geltung bringen.“

Ultima ratio heißt „das letzte Mittel“. Statt nun das letzte Mittel zulezt anzuwenden, hat die nationalsozialistische Papen-Chiemietruft-Regierung das letzte Mittel zuerst zur Anwendung gebracht, als sie die Reichswehr mit Gewehren und Handgranaten gegen Seering und Orzesinski marschieren ließ. Das ist eine sehr primitive Politik, gar nicht zu reden von Diplomatie.

Ubrigens ist bei diesem Krieg die Staatsautorität nicht hergestellt, sondern zerschlagen worden. Brüning und Groener hätten die Reichswehr und den Reichspräsidenten nicht in eine solch unwürdige Situation gebracht. Die handelnden Personen in dieser Sache sind nunmehr geschichtlich geworden.

### Die Aufhebung des SA- und Uniform-Verbots und deren Folgen

Vom 14. Juni, dem Tage der Wiederzulassung der SA und der Aufhebung des Uniformverbots, bis zum 23. Juli sind an Mitgliedern des Reichsbanners von Nationalsozialisten getötet worden:

- Rudolf Marek, Chemnitz,
- Ingenieur Feuerherdt, Dessau,
- Heinrich Junge, Sensby,
- Landarbeiter Bues, Schuby,
- Arbeiter Heinke, Hagenow,
- Erdmann Silke, Kleffendorf,
- Hermann Meschel, Erier,
- Schlenghoff, Buer,
- Joseph Schreiber, Bunzlau.
- Willi Ricker, Dülmen.

Außerdem sind in dieser Zeit nach den bisher bei der Bundesleitung des Reichsbanners vorliegenden Meldungen 72 Reichsbannerkameraden schwer verletzt worden. Die Zahl der Leichtverletzten geht in die Hunderte. Ebenso groß ist die Zahl der Fälle, in denen auf Grund der fahungsmäßigen Bestimmungen vom Bunde seinen Mitgliedern Rechtschutz zu gewähren ist.

### Parteibuch-Beamte.

Der Oberbürgermeister von Essen, Herr Dr. Bracht, der sich gegenwärtig im Preussischen Ministerium aufhält, hat folgendes gesagt:

„Die Parteibuch-Herrschaft in jeder Form, ganz gleichgültig, in welcher Farbe das Parteibuch koloriert ist, muß durch Staatspolitik überwunden werden. Die bisher erfolgten Veränderungen an führenden Ämtern sind lediglich von dem Wunsch diktiert, die Staatsautorität auf überparteilicher Grundlage wiederherzustellen.“

Wenn ein gewöhnlicher Naziagitator so etwas plappert, nun ja, er weiß es nicht besser und hat eigenen Geist nicht zu vergeben. Aber wenn ein Mann wie Dr. Bracht solche Ergüsse von sich gibt, dann kann man nur den Kopf schütteln. Was sind denn das für Menschen, die in dem heutigen Geschehen noch nicht wissen, wo sie hingehören, für die es keine politische Überzeugung gibt? Sind diese indifferenten Menschen etwa das Maßstab eines guten Staatsbürgers?

Aber die Sache liegt ja anders. Wenn vom Parteibuch geredet wird, denkt jeder Bürgerliche nur an das sozialdemokratische Parteibuch. Jedes Parteibuch einer reaktionären Richtung legitimiert als „überparteilich“. D. h. mit anderen Worten: Wir wollen den aus der Arbeiterklasse Emporgestiegene nicht Platz machen. Alle Stellen im Reich, in den Ländern, in den Kommunen usw. müssen uns „Bürgerlichen“ reserviert bleiben.

Deshalb wurde die Preussenregierung durch Staatsstreich beseitigt. Alles andere ist Schwindel.

Herr Dr. Bracht hat dann weiter erklärt:

„Die Parteizugehörigkeit interessiert mich überall dort nicht, wo ich mich von der sachlichen Eignung und der Objektivität des Amtsträgers überzeugen habe.“

Da ist die Frage erlaubt: Welchen Sinn haben denn nun eigentlich noch die zuerst zitierten Ausführungen? Hält sich etwa Herr Bracht für fähiger als die gesamte vergewaltigte Preussenregierung? Hat die wirkliche preussische Regierung Brann nach Brachts Begriffen ihre sachliche Eignung nicht bewiesen? Warten wir die Leistungen der neuen Preussenleitung ab!

Wer seit 1918 im deutschen Reichsladen das meiste Porzellan zertrümmert hat, das weiß doch wohl heute die ganze Welt. Die Herren, die mit dem Knüttel regieren, können uns viel erzählen. Wir glauben ihnen nur nichts, dazu sind wir nicht dumm genug.

### Nazi-Lorbonze stiehlt Ochsen und Kühe.

In der Nähe Hannovers liegt das Dorf Kalkenweide. In der Umgebung dieses Ortes wurden in der letzten Zeit viele Weidenhühner ausgeführt. Jetzt endlich wurde der Dieb ertappt. Die Landjäger haben das Oberhaupt der Nazis, den Landwirt H. Peters aus Kalkenweide, als den Dieb ermittelt. Der Naziführer hat auch bereits 10 Fälle eingestanden. Es wird erzählt, daß er das Rindvieh gestohlen hat, weil er nicht mehr so recht an den Sieg seiner Partei glaubte, und er also im Dritten Reich doch kein Rindvieh mehr bekommen würde.

Man kann es ja schließlich noch verstehen, wenn einer aus Not, aus Hunger stiehlt. Daß aber ein Landwirt, der selbst einen Viehbestand hat, seine Kollegen in dieser gemeinen Weise bestiehlt, kennzeichnet den sittlichen Tiefstand dieses Naziführers.

### Die Vier-Pfennig-Lohnläufe mit Hakenkreuz.

Vor kurzem brachte die republikanische Presse die gefreue Abbildung einer Lohnliste aus dem Kalkwerk Oker. Die Lohnläufe, die einen Stundenlohn von vier Pfennig zeigten, war mit einer Hakenkreuz-Abemerkung und der Aufforderung verziert: „Wählt Hitler!“ Die Sache ging den Nazis so auf die Nerven, daß sie glaubten, die unangenehme Geschichte nur durch bewußte Lügen aus der Welt schaffen zu können. Selbst auf Plakaten an Lifschäulen wurde die Öffentlichkeit angeschwemmt.

Der Betriebsratsvorsitzende des Kalkwerkes Oker hat nämlich eine Erklärung veröffentlicht, die von der Nazipresse übernommen und gefälscht wurde. Die Nazipresse läßt nämlich aus freien Stücken hinzu, Schlüter sei „eingeschriebenes Mitglied der SPD“, und Schlüter habe sich „von diesen Lägerereien und der elenden Verhöhnung, wie sie von seiner eigenen Parteipresse betrieben wird, angeekelt gefühlt“.

Schlüter hat nun der Nazipresse eine Berichtigung geschickt, in der er gegen diese verlogene Unterstellung Verwahrung einlegt, da er politisch gar nicht organisiert sei.

Außerdem stellt er fest, daß die Veröffentlichung über die betreffende Lohnliste des Kalkwerkes Oker, Adolf Willkens AG., mit dem Stundenlohn von 4 Pf., der an einen Lehrling gezahlt worden ist, Latsche und keine Lüge ist.

Der Sinn des Ganzen ist also, daß die Lüge und die Verleumdung das erste und wichtigste Wahlpropagandamittel der Nazis ist, weil sie über ein besseres nicht verfügen.

### Das vorläufige amtliche Ergebnis der Reichstagswahl.

Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis wurden abgegeben:

36 845 279 Stimmten.

Es erhielten:

	Stimmen	Mandate
Sozialdemokraten	7 951 245	133 (136)
Nationalsozialisten	13 732 777	229 (110)
Kommunisten (mit SAP.)	5 278 094	89 (78)
Zentrum	4 586 501	76 (69)
Deutschnationale	2 172 941	37 (42)
dazu der radik. Mittelstand	87 393	37 (42)
Deutsche Volkspartei	434 548	7 (27)
Wirtschaftspartei	146 061	2 (21)
Deutsche Staatspartei	371 378	2 (16)
Bayerische Volkspartei	1 190 453	22 (19)
Landvolk	91 284	1 (18)
Christl.-Soz. Volksdienst	364 749	4 (18)
Volksrecht	40 887	0 (0)
Deutsche Bauern	137 081	2 (5)
Landbund	96 869	2 (0)
Deutsch-Hannoveraner	46 873	0 (3)
SAP.	72 169	0 (6)

### Heinrich Mann über die Nazis.

Am Anfang steht der Betrug; die Partei ist in Wirklichkeit nichts von allem, was sie zu sein vorgibt, weder national noch sozialistisch und besonders keine Arbeiterpartei. Sie arbeitet seit ihrer Gründung mit dem Geld einiger reichen Leute und für die Interessen derselben Großkapitalisten. Das bedingt zweitens Verrat und Ausbeutung. 150 000 arme Menschen schenken den Führern monatlich 300 000 Mark. Sie wissen nicht, was sie tun, sie sind die Opfer harter Wirtschaftsbedingungen und ihrer zerrütteten Gemüter. Eine besser regierte Republik könnte sie heilen. So werden sie von ihrer Partei ausgebeutet, werden verraten an ihre natürlichen Feinde und überdies noch verhöhnt. In dem albernen Gewäsch jenes Hitler wird ihnen gesagt, daß die Arbeiter nur der Gewalt zu gehorchen haben und daß eine Herrenklasse gezüchtet werden muß. Dafür geben die Bedauernswerten ihr Geld und ihren Glauben! Der frühere Handwerker verrät und verhöhnt allerdings nicht nur sie, sondern vor allem sich selbst. Was ist er denn? Ein Herr? Er spricht dermaßen Dialekt, daß in Berlin kein Mensch ihn versteht. Er lebt reich ausgehalten von denen, die ihn gegen seine eigenen Klassen-genossen benützen. Herrenrasse! Am meisten Herr war er, als er noch mit seinen Händen die Zimmer tapezierte. Da tat er, was er konnte, und das ist für jeden die wahre Ehre und Vornehmheit.

(Aus dem Buch von Heinrich Mann: „Das öffentliche Leben“. Verlag: Paul Jolow, Wien.)

### Nazis fordern 10 Prozent Zins.

Der Reichslandbund und die einzelnen Kreislandbünde fordern von der Regierung immer wieder die Senkung der Zinssätze. Die Nationalsozialisten, die in den Landbänden die Mehrheit haben, setzen sich in ihrem Programm sogar für die Beseitigung der Zinssätze ein.

Das hinderte den Schlesiischen Landbund nicht, in seinem gleichnamigen Organ Nr. 25, Jahrgang 1932, in der Beilage „Mitteilungen der Kreislandbünde“ unter der Überschrift „Kreislandbund Goldberg-Haynan: Beitragszahlung“ wörtlich folgendes zu schreiben:

„Diejenigen Mitglieder, die bis zum 1. Juli nicht restlos ihre Landbundsbeiträge an die Geschäftsstelle gezahlt haben, müssen für Beiträge, die nach dem 1. Juli gezahlt werden, 10 Prozent Verzugszinsen an die Kasse des Landbundes zahlen.“

Der Schlesiische Landbund verlangt von der Regierung Senkung bzw. Beseitigung der Zinsen. Wenn es aber um seine eigene Kasse geht, macht er es nicht unter 10 Prozent Zinsen. Er verlangt sie von denselben Landwirten, von denen in fast jeder Nummer des „Schlesiischen Landbundes“ zu lesen steht, daß sie am Ende ihrer wirtschaftlichen Kraft seien und Mühe hätten, die unbedingt notwendigen Zahlungen leisten zu können.

### Lohnabbau tut not.

Eines der vielen Unternehmungen, die durch die Wirtschaft einzelner Personen zugrunde gerichtet sind, ist die Hirsch-Kupfer- und Messing-Werke AG. Obwohl das Geschäft im Jahre 1931 bei dieser Gesellschaft schon sehr schlecht ging, haben die beiden Vorstandsmitglieder Lantien in Höhe von 1,8 Millionen Mark bereits im Laufe des Geschäftsjahres vorläufigweise entnommen. Die Herren wußten sich also vor einem Verlust selbst früh genug zu schützen. Im Jahre 1930 war noch ein Betriebsüberschuss von 3,6 Millionen Mark zu verzeichnen. Die Lantien zweier Vorstandsmitglieder betragen mehr als die Hälfte des ausgewiesenen

Betriebsüberschusses. Der Reingewinn machte dagegen nur 1,07 Millionen Mark aus. Die Aktionäre erhielten davon 840 000 Mark. Die Lantien eines Vorstandsmitgliedes betrug im Jahre 1930 mehr als die Gesamtdividende auf 12 Millionen Mark Aktienkapital. Das war im Jahre 1930, als noch ein Überschuss erzielt wurde. Das Geschäftsjahr 1931 schloß mit einem Riesenerlust ab. Trotzdem hatten die beiden Direktoren schon eine Lantien weg, die sich für jeden auf 900 000 Mark belief. So sieht die Mißwirtschaft großkapitalistischer Wirtschaftsführer aus. Um derartige Luderwirtschaft zu verdecken, macht man politische Skandale, verjagt man ehrenwerte Männer von ihren Posten, die Jahre hindurch bei bescheidenen Gehältern eine Aufbauarbeit riesigen Ausmaßes geleistet haben.

### 8. Sitzung des Bundesausschusses des DGB.

Am 21. Juli trat der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu seiner 8. Sitzung in Berlin zusammen, um zu der durch die Vorgänge in Preußen am 20. Juli (Beseitigung der preussischen Minister durch die nationalsozialistische Reichsregierung auf dem Wege des Staatsstreichs. Die Red.) geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. An der Sitzung nahmen auch die Bezirkssekretäre teil, die schon am Tage vorher vom Bundesvorstand zu internen Beratungen nach Berlin berufen worden waren.

Die eingehende Aussprache ergab die einstimmige Zustimmung aller Verbandsvertreter zu der von den Spitzenorganisationen aller Richtungen erlassenen Kundgebung an die Arbeiterchaft. Die Kundgebung lautet:

#### An die deutsche Arbeitnehmerschaft.

Die neuesten politischen Vorgänge haben die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten in große Erregung versetzt. Sie müßten, trotzdem ihre Besonnenheit bewahren.

Noch ist die Lage in Preußen nicht endgültig entschieden. Der Staatsgerichtshof ist angerufen.

Die entscheidende Antwort wird das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeitnehmerschaft, am 31. Juli geben. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlichen Organisationen und aller Volksschichten, die auf dem Boden der Verfassung und des Rechts stehen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Reichstagswahl stattfindet. Weder der Terror der Strafe noch irgendeine verfassungswidrige Diktatur darf verhindern, daß am 31. Juli das Volk von seinem höchsten Rechte Gebrauch macht.

Die vorbildliche Disziplin der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist auch in diesen schweren Tagen unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Wir lassen uns die Stunde des Handelns von Begnern der Gewerkschaften nicht vorschreiben.

Berlin, den 20. Juli 1932.

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
- Allgemeiner freier Angestelltenbund.
- Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.
- Gesamtverband Deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter.
- Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.
- Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.
- Deutscher Beamtenbund.

Die Gewerkschaften erblicken in den Ereignissen vom 20. Juli einen weiteren Schritt zur Untergrabung der staatlichen Autorität. Sie legen im Namen der Millionen Deutschen, die in ihren Reihen organisiert sind, schärfsten Protest gegen diese Maßnahmen ein. Offenbar hat die Sorge der Reichsregierung, um ihren nationalsozialistischen Anhang, der sich ohne fremde Hilfe gegenüber den gewaltigen Kräften der deutschen Arbeiterbewegung nicht behaupten kann, sie bewogen, die preussische Regierung um Amt zu enternen, weil angeblich in ihren Händen die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit nicht mehr gewährleistet sei. Demgegenüber sind die Gewerkschaften der Überzeugung, daß die bisherige unparteiliche Handhabung der Polizeigewalt in Preußen den Feinden der geltenden Verfassung nicht den erwünschten Spielraum zur Entfaltung ihrer illegalen Kräfte gab.

Die Arbeiterschaft verteidigt die Verfassung und das Recht. Gerade deshalb halten die Gewerkschaften jede unbefohrene Handlung der Arbeiterschaft auch jetzt, wo ihr Rechtsgefühl aufs tiefste verletzt worden ist, für falsch. Der Wahltag am 31. Juli wird allen verantwortungsbewußten Deutschen, insbesondere der deutschen Arbeiterschaft, Gelegenheit geben, ihren staatspolitischen Willen eindeutig zum Ausdruck zu bringen. Diese Willenskundgebung wird zugleich die beste und schärfste Kritik an den Maßnahmen sein, zu denen sich im Gegensatz zu der Auffassung der überwältigenden Mehrheit des Volkes die gegenwärtige Reichsregierung gegen Preußen berechtigt fühlte.

Das Urteil des Staatsgerichtshofes ist noch nicht bekannt. Bei der Lagerung der Nachverhältnisse ist es durchaus möglich, daß er sich gegen die Rechtsauffassung der Länderregierungen und gegen den Sinn der Weimarer Verfassung auf die Seite der Reichsregierung stellt. Das wird die Gewerkschaften nicht hindern, Seite an Seite mit denen zu kämpfen, die nicht den Buchstaben, sondern den Geist der Verfassung schützen wollen.

Von allen Rednern des Bundesausschusses wurde immer wieder hervorgehoben, daß der Wille zum Siege in den ganzen Jahren der Nachkriegszeit niemals stärker war als in den letzten Wochen, daß die Opferbereitschaft auch unter den Armlen der Arbeiterschaft, den Arbeitslosen, in allen Bezirken die höchsten Erwartungen übertrifft. Da der Kampf der deutschen Arbeiterbewegung um ein freies deutsches Deutschland mit dem 31. Juli keineswegs abgeschlossen sein wird, ist es doppelt notwendig, die Werbearbeit der Gewerkschaften nicht nur im Zeichen des gewaltigen politischen Kampfes zu führen, sondern mit aller Energie auch und vor allem auf die Stärkung der Organisationen zu konzentrieren, die gesamte deutsche Arbeiterschaft in den Reihen der Gewerkschaften zu sammeln, und ihre Widerstandskraft gegen weitere Veruche der Entrechtung von Woche zu Woche zu steigern.

\* Dieser Bericht ist wohl zeitig von Berlin abgefaßt, aber mit Verspätung zugestellt worden.

### Der große Sieg der belgischen Arbeiterschaft.

Der Großkampf der belgischen Arbeiterschaft, der mit ihrem vollständigen Siege endete, wurde unter den ungünstigsten Verhältnissen ausgefochten. Es gibt in diesem kleinen Land mehr als dreihunderttausend Arbeitslose, und obwohl sich Belgien in der Krise widerstandsfähiger erwies als die meisten anderen Industrieländer, so hat sich die Krise auch in diesem Land in letzter Zeit sehr verschärft. Die streikenden Bergarbeiter von Borinage und die Arbeiter in der Eisen- und Metallindustrie im Bezirk Charleroi, die in Sympathiestreik mit den Bergarbeitern trafen, mußten gegen zwei Fronten kämpfen, gegen die Unternehmer und gegen die Regierung. Die Unternehmer wollten Lohnherabsetzungen durchzuführen, obwohl die belgischen Bergarbeiterlöhne wirkliche Hungerlöhne sind. Auch weigerten sie sich, die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten durch Arbeitsfreudung auf eine größere Zahl von Arbeitern zu verteilen. Gleichzeitig drohte aber die Erhöhung des Brotpreises und die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung durch Verschärfung der Unterstützungsbedingungen. In Belgien herrscht das sog. Genter System der Arbeitslosenunterstützung, bei dem die Gewerkschaften ihre Mitglieder unterstützen und zu diesem Zweck vom Staat Zuschüsse erhalten. Die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften erklärten sich mit den Streikenden solidarisch und übernahmen die Streikführung. Die Arbeiterschaft hat sich gegen die

Unternehmer, die den Widerstand der Arbeiter mit Streikbrechern beseitigen wollten, und die durch das Aufgebot der Gendarmen und durch Militär unterstützt wurden, glänzend behauptet. Die Unkündigung des Generalstreiks für ganz Belgien stand bevor. Der unerwartete Kampfwillen der belgischen Arbeiterschaft führte zu einem völligen Sieg. Zuerst verpflichteten sich die Bergwerksbesitzer, dann die übrige Schwerindustrie, die Löhne bis Mitte November nicht zu senken. Es gelang auch, die Gefahr der Brotverknüpfung und die Senkung der Arbeitslosenunterstützung abzuwehren und bindende Zusagen für eine Arbeitszeitverkürzung zu erhalten.

### Nahrungsmittel-Industrie

#### Zucker für technische und Futterzwecke steuerfrei.

Zucker, der für technische Zwecke oder für die Viehfütterung verwandt wird, ist steuerfrei. Er unterliegt also nicht der Verbrauchsabgabe. Durch eine Verordnung vom 1. Juli 1932 wird die Steuerfreiheit neu geregelt. Wir bringen im folgenden die ausschlaggebenden Bestimmungen dieser Verordnung zur Kenntnis unserer Kollegen:

§ 1 der Verordnung besagt, welcher Zucker steuerfrei ist. Er lautet:

#### „§ 1. Umfang der Steuerbefreiung.“

Steuerfrei bleibt

- a) Rübenzucker und Stärkezucker, der zur Herstellung von Pergamentpapier verwendet wird;
- b) Rübenzucker, der zur Herstellung von Seifen verwendet wird;
- c) Rübenrohrzucker und Rübenzuckerabläufe, die zur Fütterung von Vieh (Pferden, Rindern, Schweinen, Schafen) verwendet werden.“

Die in Klammern gesetzten näheren Bezeichnungen der Tiere sind wohl nicht als erschöpfende Aufzählung zu nehmen. Wir nehmen an, daß man auch Ziegen mit Zucker füttern darf. Vienenzucker war bislang ebenfalls steuerfrei. Immerhin ist die in Klammern gesetzte Ergänzung irreführend. Sie wäre besser weggeblieben.

Die Verordnung sieht dann vor, daß Zucker, der für obige Zwecke verwandt wird, vergällt werden muß. Die Vorschriften hierüber sind im § 4 enthalten. Dieser lautet:

#### „§ 4. Vergällungsmittel.“

(1) Vergällungsmittel für 100 Kilogramm Eigengewicht:

- a) Rübenzucker oder Stärkezucker, der zur Herstellung von Pergamentpapier verwendet werden soll, 10 Kilogramm kristallisiertes Chlorkalzium oder 5 Kilogramm wasserfreies Chlorkalzium;
- b) Rübenzucker, der zur Herstellung von Seifen verwendet werden soll, 1 Kilogramm Seifenpulver oder 5 Kilogramm Natron- oder Kalilauge oder 10 Kilogramm kalzinierte Soda oder 27 Kilogramm kristallisierte Soda oder 13 Kilogramm kalzinierte Pottasche;
- c) Rübenrohrzucker, der zur Fütterung von Vieh verwendet werden soll, 2 Kilogramm eines der folgenden Futtermittel: Seringsmehl, Fischmehl, Tierkörpermehl, Futterblutmehl oder 2 1/2 Kilogramm Viehsalz.

(2) Rübenzuckerabläufe sind als vergällt anzusehen, wenn sie im laufenden Betriebe an Rübenschnitzel angetrocknet werden.

(3) Bei der Herstellung von Seifen ist es der Vergällung gleichzuachten, wenn der Rübenzucker der kochenden Seifenmasse im Verhältnis von mindestens 3 Kilogramm kochender Seifenmasse zu 1 Kilogramm Zucker zugefetzt wird.

(4) Wenn der zur Viehfütterung bestimmte Zucker außer mit dem zugelassenen Vergällungsmittel noch mit anderen Futtermitteln vermischt wird, so ist in der Vergällungsanmeldung (§ 9) und in der Abfahsanzeige (§ 10) die herzustellende oder die hergestellte Mischung nach ihren Bestandteilen genau zu bezeichnen.“

Die übrigen Bestimmungen der Verordnung regeln dann die Kontrolle und die Durchführung der Vergällung sowie den Handel mit vergälltem Zucker. In einer Anlage sind Anweisungen für die Prüfung der zur Vergällung von Zucker bestimmten Stoffe gegeben. Diese Bestimmungen interessieren in erster Linie jene Kreise, die mit der Vergällung und mit dem Handel zu tun haben. Wir können deshalb auf ihre Wiedergabe verzichten.

#### Sagung der Versichertenvertreter der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft.

In der gemeinsamen Tagung der Versicherten-Vertreter der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft und des Vorstandes der Berufsgenossenschaft wurde zum Bericht über die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften und zu anderen wichtigen Fragen Stellung genommen. Von den Arbeitnehmervertretern wurde anerkannt, daß der technische Aufsichtsdienst der NIOB. vorbildlich bei der Durchführung des nötigen Anfallschutzes gewirkt habe. Trotzdem müsse aber gerade bezüglich der Betriebskontrolle noch mehr gesehen. Die Revisionsfähigkeit müsse erweitert werden. In diesem Zwecke forderten die Arbeitnehmervertreter Einstellung von Arbeiterkontrollanten in der Berufsgenossenschaft. Gerade durch die Einstellung von Arbeitern als Kontrollanten solle das Vertrauen zu der BG. bedeutend gefördert werden.

Weiter wurde zu der Durchführung des Jugendschutzes besonders Stellung genommen. Es wurde als verwerflich bezeichnet, daß Jugendliche unter 16 Jahren an gefährlichen Maschinen beschäftigt werden. Hiergegen erhoben die Arbeitnehmervertreter schärfsten Protest. Besonders behandelt wurden ferner die Kühlanlagen. In diesem Punkt wurde ein ganz besonders krasser Fall besprochen. Im Keller eines Wohnhauses war eine Kältemaschine defekt geworden. Die Feuerwehr mußte sieben Bewohner dieses Hauses in Sicherheit bringen, um sie vor Vergiftung zu schützen. Die Kältemaschine war in einer Eis-Konditionier-erichtet worden. Sie wurde undicht, und das Gas strömte ungehindert aus. Bei dieser Gelegenheit wurde auch gegen ein Gutachten eines Sachverständigen Stellung genommen, das mit folgendem Satz schloß: „Bemerkung möchte ich nun kurz, daß Ammoniakgas nicht, wie meist angenommen wird, giftig sind, sie reizen nur in dieser Verdünnung die Schleimhäute stark und verursachen Atemnot.“

Diesem Gutachten gegenüber verwiesen die Arbeitnehmervertreter darauf, daß jährlich zahlreiche Menschen durch Einatmen von Ammoniakgas tödlich verunglücken. Sie protestierten ganz entschieden, daß Leute, die solche Gutachten erstatten, noch als Sachverständige genommen werden. Ferner wurde von den Arbeitnehmervertretern gefordert, daß Hautkrankheiten (Ekzeme) als

Berufskrankheit anerkannt werden, da durch diese Krankheiten oft eine lange und schwere gesundheitliche Schädigung der davon Betroffenen eintritt.

Ferner wurde festgestellt, daß in den Betrieben immer noch zahlreiche Unfälle vorkommen, die durch einen richtigen Schutz der Maschinen und Apparate verhindert werden können. Die Arbeitnehmervertreter erhoben erneut die Forderung nach einem Maschinenschutzgesetz, durch das der Erbauer der Maschine gezwungen wird, den nötigen Schutz bei Errichtung der Maschine gleich einzubauen. Aber den Antrag: Einstellung von Arbeiterkontrollanten und Anerkennung der Hautkrankheiten als Berufskrankheit entspann sich zwischen den Arbeitnehmervertretern und zwischen dem Vorstand eine längere Aussprache. Vom Vorstand wurde eingewandt, daß die Durchführung dieser Anträge mit großen Unkosten verbunden sei. Die Arbeitnehmervertreter verwiesen indes darauf, daß es Aufgabe der Berufsgenossenschaft sei, Leben und Gesundheit des Arbeiters zu schützen und die Arbeitskraft der Allgemeinheit zu erhalten.

Von den Arbeitnehmervertretern wurde eine Entschließung angenommen, in der die erwähnten Forderungen kurz zusammengefaßt sind. Die Arbeitnehmervertreter gaben der Überzeugung Ausdruck, daß es Pflicht jedes einzelnen sei, die aufgestellten Forderungen mit Nachdruck zu vertreten. Die Verhandlungen hätten gezeigt, daß den Arbeitnehmervertretern schwere Arbeit in ihren Betrieben bevorstände. Sie müßten aber alles aufbieten, um Leben und Gesundheit ihrer Mitarbeiter zu erhalten.

### Mein

größter Schmerz in der Erinnerung an meinen Vater ist der, daß er ein Verräter an seinen Klassengenossen war. So werden einst die Kinder der heutigen proletarischen Nazilümmel sagen. Sie werden ängstlich vermeiden, von ihrem

### Vater

zu reden, der ihnen als väterliches Erbe nur Schande hinterlassen hat. Hat er sich doch an die Kapitalisten verkauft, und hat den Kampf geführt gegen seine Klassengenossen mit der Waffe in der Hand. Er

### war

ein Abtrünniger seiner Klasse, er hat den Aufstieg seiner Klasse zu voller Freiheit, zu vollem Menschentum verhindert, er hat sich wie eine Dirne verkauft und seine Klassengenossen niedergeschlagen, getötet, er hat gegen seine Kameraden gewüflet wie

### ein

wildes Tier. Nur ein Feigling, ein Mensch mit schmutzigem Charakter kann sich dem Gegner verkaufen, kann gegen Bezahlung seine Klassengenossen niederschleifen und niederstechen im Interesse der

### Arbeiter-

feinde. Oh, daß ich nie geboren wäre, so sagen die Nachkommen der proletarischen Naziburschen, denn mein Vater war nicht nur seinen Klassengenossen gegenüber ein schmutziges, käufliches Subjekt, er war auch an seinen Kindern ein

### Verräter.

#### Die Rohrzuckerindustrie Portorikos.

Der Krieg hat auf wirtschaftlichem Gebiet starke Umwälzungen mit sich gebracht, die sich fast reflexlos zum Nachteile Deutschlands ausgewirkt haben. Zu den Industriezweigen, die während des Krieges am stärksten zurückgegangen sind, gehörte die deutsche Zuckerindustrie, da sie von großen Teilen ihres früheren Absatzgebietes vollständig abgeschnitten war. Ging die Zuckerzeugung in den europäischen Rübenanbaugebieten stark zurück, so konnten die Rohrzuckergebiete ihre Produktion stark steigern. Diese Steigerung hat auch in der Nachkriegszeit bis in die letzten Jahre noch angehalten. In den Gebieten, die infolge Auswirkung des Krieges ihre Produktion dauernd stark steigern konnten, gehört auch Portoriko.

Die „moderne Zuckerindustrie“ Portorikos ist noch verhältnismäßig jung. Zuverlässige Angaben über die Zuckerzeugung Portorikos liegen seit dem Jahre 1900 vor. Greifen wir die wichtigsten Jahre heraus, so ergibt sich über die Entwicklung folgendes Bild:

Jahr	Zuckerzeugung in Tonnen	Anbaufläche in tausend Acres	Durchschnittserlös je Tonne in Dollar
1900	81 536	—	—
1910	349 840	—	83
1915	345 490	211	93
1920	485 077	240	243
1924	447 993	273	129
1928	748 456	238	90
1930	866 109	254	74
1931	783 861	279	67

Die Zuckerzeugung Portorikos ist also von 1900 bis 1930 um mehr als das Sechsfache gestiegen. Im Jahre 1931 setzte ein kleiner Rückschlag ein. Nach der vorliegenden Schätzung soll dieser Rückschlag im Jahre 1932 aber wieder stark überholt werden. Aber nicht nur die Zuckerzeugung ist stark gestiegen, noch wichtiger für dieses Land ist die Zunahme der Hektarerträge. Portoriko ist ein stark bevölkertes Land. Auf jedes Quadratkilometer entfallen 175 Einwohner. Außerdem hat das Land große Gebirgsflächen, die mangelhaft bewohnt sind. Die Bodenfläche für landwirtschaftliche Kulturen ist also begrenzt. Insofern ist es von großer Bedeutung, daß die Erträge je Hektar stark gestiegen sind. Die Anbaufläche betrug 1920 = 240 000 Acres und die Zuckerzeugung 485 077 Tonnen. 1930 dagegen betrug die Anbaufläche nur 234 000 Acres, die Zuckerzeugung dagegen 866 109 Tonnen. Die Anbaufläche ist also in diesen zehn Jahren um knapp 6 Prozent gestiegen, während die Zuckerzeugung um annähernd 80 Prozent zugenommen hat. Für 1932 wird eine weitere Steigerung der Zuckerzeugung auf 948 000 Tonnen ermarktet. Trifft auch im Jahre 1933 noch eine weitere Steigerung ein, so dürfte die Zuckerzeugung Portorikos 1933 1 Million Tonnen erreichen.

Die größeren Erträge je Hektar sind erzielt durch dauernde Verbesserung der Rohrzuckerpflanze, durch dauernd stärkere Kunstdüngung und durch Ausbau des Bewässerungssystems. Der Kunstdüngerverbrauch Portorikos betrug im Jahre 1910/11 = 10 849 Tonnen; im Jahre 1929/30 dagegen 101 270 Tonnen. Er ist also in den letzten 20 Jahren annähernd um das Sechsfache gestiegen.

Die Preise für Zucker haben sich nun nicht derartig nach oben entwickelt wie die Zuckerzeugung. Der Durchschnittserlös je Tonne ist seit 1920 stark gesunken. 1920 wurde aber für Rohrzucker ein Ausnahmepreis gezahlt. Die europäischen Zuckerzeugungsländer waren durch den Krieg von der Weltmarktbefahrung abgeschnitten. England und die übrigen Staaten, die früher von uns beliefert wurden, konnten von uns nicht versorgt

werden. Es trat eine stärkere Nachfrage nach Rohrzucker ein, und der Preis hierfür schnellte um das Mehrfache hinauf. Im Laufe der nächsten Jahre sank der Preis dann wieder stark ab. 1928 wurden je Tonne noch 90 Dollar erzielt, 1931 war der Preis bis auf 67 Dollar je Tonne gesunken. Berücksichtigt man, daß Portoriko heute auf einem Hektar Land das Doppelte an Zucker erntet wie in den ersten Nachkriegsjahren, und vergleicht man dann die heutigen Preise mit den Preisen der Jahre 1923/24, so ergibt sich, daß die Zuckerindustrie Portorikos auch bei den heutigen Preisen noch gewinnbringend arbeiten kann.

Nun einiges über den Ausbau der Zuckerindustrie. Im Jahre 1880 gab es auf Portoriko erst fünf „Zentralfabriken“, das heißt Zuckerfabriken, die mit den modernen Mitteln der Technik und Wissenschaft arbeiteten. Es gab aber in diesem Jahre über 500 ingenios, das heißt ganz primitive Rohrmöhlen, die mit Öfen getrieben wurden, und in denen eine zuckerartige Masse in offenen Kesseln gekocht wurde. Obwohl das Zuckerrohr auf Portoriko bereits 1515 Eingang fand, war die Zuckerindustrie selbst noch Ende des vorigen Jahrhunderts recht wenig entwickelt. 1900 bestanden auf Portoriko aber bereits 22 „Zentralfabriken“ und immer noch 249 ingenios. Gegenwärtig zählt man auf Portoriko insgesamt 42 Zuckerfabriken. Die kleinen Quetschen sind fast restlos verschwunden. Die noch bestehenden Fabriken sind fast alle nach dem modernsten Stande der Technik eingerichtet. Sie arbeiten mit rotierenden Rohrmessern. Es wird eine zwei- bis dreifache Verzerkleinerung des Rohres vorgenommen, wodurch die Arbeit für die Walzen bedeutend erleichtert wird. Bei der Saftreinigung arbeitet man vorwiegend mit Östr-Klären. Die elektrische Kraft findet weitestgehende Verwendung. Alle Zentrifugen besitzen mechanische Ausräumer usw.

Die Leistung der einzelnen Betriebe ist wesentlich höher als die Leistung der deutschen Zuckerfabriken. Die größte Zuckerfabrik Portorikos verarbeitet in 24 Stunden 7500 Tonnen Rohr, die größten deutschen Fabriken verarbeiten in 24 Stunden ungefähr 2500 Tonnen Rüben. In vielen Betrieben werden in Deutschland knapp 1000 Tonnen Rüben in 24 Stunden verarbeitet. Die Rohstoffmengen, die also in einem Betriebe je Tag in Portoriko verarbeitet werden, sind viel größer als die Rohstoffmengen in den deutschen Fabriken. Die Zuckerzeugung Portorikos beträgt mehr als die Hälfte der Zuckerzeugung Deutschlands. Durch die starke Technisierung der Betriebe ist die Arbeitskraft weitgehend durch die Maschine ersetzt.

Für die Gesamtwirtschaft Portorikos ist die Zuckerindustrie von sehr großer Bedeutung, das zeigt der Anteil des Zuckers am Außenhandel.

#### Die Hauptausfuhrposten von Portoriko 1930/31 waren:

Rohrzucker	im Werte von 47,0 Mill. Dollar
Konsumzucker	im Werte von 7,4 Mill. Dollar
Melasse und Sirup	im Werte von 1,4 Mill. Dollar
Zitrusfrüchte und Zitrusfrüchtkonserven	im Werte von 17,2 Mill. Dollar
Kaffee	im Werte von 0,5 Mill. Dollar

Der Hauptposten im Handel Portorikos ist also Zucker. 55,8 Millionen Dollar beträgt die Ausfuhr für die Produkte der Zuckerindustrie, also für Rohrzucker, Konsumzucker, Melasse und Sirup, und nur 22,5 Millionen Dollar entfallen auf die Ausfuhr für die übrigen Waren.

Portoriko führte 1930/31 für 47 Millionen Dollar Zucker aus. Der Preis lag in beiden Jahren zwischen 67 und 74 Dollar je Tonne. Nimmt man die Mitte davon, dann betrug die Ausfuhr etwa 670 000 Tonnen. Das ist mehr als zwei Drittel der gesamten Zuckerproduktion in Portoriko. Von dem Handelsverkehr Portorikos entfallen 93 Prozent auf den Handel mit den USA. Daraus ergibt sich, daß der Zucker Portorikos in erster Linie nach den Vereinigten Staaten geht. Um den Zuckermarkt der Vereinigten Staaten streiten nun einige Erzeugungsgebiete. Kuba erhielt durch die internationale Vereinigung ein bestimmtes Ausfuhrkontingent nach den Vereinigten Staaten zugeteilt. Aber dieses Kontingent ist in letzter Zeit im internationalen Zuckermarkt schwer gekämpft worden. Kuba will dieses Kontingent möglichst hoch angerechnet haben, da es seine Produktion dann möglichst hoch einsehen kann. Als weitere Lieferanten für den Zuckermarkt der Vereinigten Staaten kommt, neben Kuba, zunächst die Zuckerindustrie der Vereinigten Staaten selbst und dann die Zuckerindustrie, die zum Zollgebiet der Vereinigten Staaten gehört, in Frage. Zu letzterer gehört auch Portoriko. Die Zuckerzeugung im Zollgebiet der Vereinigten Staaten stellte sich 1931/32 folgendermaßen:

USA. Rübenzucker	1 160 000 Tonnen
USA. Rohrzucker	150 000 Tonnen
Hawaii	900 000 Tonnen
Portoriko	850 000 Tonnen
Philippinen	800 000 Tonnen

Gesamte Zuckerzeugung im Zollgebiet der USA. . . . . 3 860 000 Tonnen

Diese Zuckerzeugungsgelände kommen also in den vollen Genuß der Schutzölle der Vereinigten Staaten von Amerika. Es ist fraglich, ob das bei den Philippinen auf die Dauer so bleiben wird. Portoriko und Hawaii dürften aber dauernd zu diesem Schutzollgebiet gehören. Die Zuckerzeugung ist in allen drei Gebieten, die außerhalb der USA, aber im Schutzgebiet derselben liegen, fast gleich. Portoriko hat seine Zuckerzeugung in den letzten Jahren stark gesteigert. Dabei handelt es sich um keine Konjunkturstärkung, sondern um einen dauernden Aufstieg der Produktion.

Bei der großen wirtschaftlichen Bedeutung der Zuckerindustrie für Portoriko wird dieses Land alles aufbieten, um seine Zuckerzeugung noch weiter zu steigern und die Vereinigten Staaten als Absatzgebiet zu behalten. Um so schwieriger wird die Lage für Kuba bei seinem Abzug nach den Vereinigten Staaten. Wird es durch Portoriko vom amerikanischen Zuckermarkt verdrängt, dann wird es mit seiner Zuckerproduktion mehr auf den übrigen Weltmarkt drücken und so den übrigen Erzeugungsgebieten ihren Absatz auf dem Weltmarkt erschweren.

Für die deutsche Zuckerindustrie kann das große Nachteile nicht bringen. Wir sind mit unserer Zuckerzeugung allmählich auf den Inlandsverbrauch angelangt, und es ist für uns wichtig, alle Maßnahmen zu treffen, um den Inlandsverbrauch zu steigern. Jeder Zentner Zucker, den wir ausführen, kostet der deutschen Wirtschaft einen Zuschuß von 13 bis 14 Mark. Wenn wir dieses Geld verwenden, um den in Deutschland abgesetzten Zucker zu verbilligen, dann können wir den Inlandsabfuß bedeutend steigern. Wir leisten damit der deutschen Wirtschaft und der deutschen Zuckerindustrie insbesondere den besten Dienst.  
E. Senkfeld.

### Frauenfragen.

#### Kongress des Arbeiterinnen-Verbandes (Kvindelig- Arbejderforbund) in Dänemark.

In Dänemark ist das einzigartige Verhältnis zu verzeichnen, daß es einen besonderen Arbeiterinnen-Verband auf freigewerkschaftlicher Grundlage gibt, in dem die Arbeiterinnen aus den Industriezweigen der ungelerten Berufe organisiert sind. Schon 1885 wurde von einigen mutigen Frauen der Versuch unternommen, eine Arbeiterinnen-Organisation in Kopenhagen zu gründen zwecks Erkämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Bis 1901 breitete sich die Organisation über das ganze Land aus, so daß auf dem ersten Verbandskongress, 1901, beschlossen wurde, eine Landesorganisation zu schaffen und den Verband „Kvindelig Arbejderforbund i Danmark“ zu benennen.

Es war damals allgemein üblich, daß die Männer keine Frauen in die Organisationen aufnehmen wollten. Man fürchtete die weibliche Konkurrenz bei der Arbeit und glaubte, auf diese bequeme Art die Ausdehnung der Frauenarbeit verhindern zu können. Das soll auch den dänischen Arbeiterinnen Anlaß gewesen sein, einen besonderen Frauenverband zu gründen. In Deutschland waren auch solche Versuche gemacht worden, aber seit der Neubildung der Gewerkschaften nach dem Fall des Sozialistengesetzes bemühen sich die freien Gewerkschaften um die Organisation der arbeitenden Frauen. Man wollte keine Sonderorganisationen. Ein Beschluß auf dem ersten deutschen Gewerkschaftskongreß im Jahre 1890 besagt, daß von der Bildung besonderer Gewerkschaften für Frauen abzusehen sei, und daß die Gewerkschaften die Frauen als gleichberechtigte Mitglieder in ihre Reihen aufnehmen sollten.

Der diesjährige Kongreß des Kvindeligt Arbejderforbundes fand im festlich geschmückten Saale des „Folkets Hus“ (Volkshaus) in Kopenhagen statt. Die reichhaltige Tagesordnung wurde in vier Tagen erledigt. Die Verhandlungen dieses Kongresses, die nur von Frauen geleitet wurden und in deren Verlauf nur Frauen debattierten, erweckten das größte Interesse der ausländischen Gäste. Nach Begrüßungsansprachen der schwedischen, norwegischen, holländischen, österreichischen und deutschen Vertretung, wobei die dänischen Kolleginnen besondere Freude und Überraschung bekundeten, als Kollegin Zammert die Grüße des deutschen Fabrikarbeiterverbandes in dänischer Sprache überbrachte, nahm die Vorsitzende, Alvida Andersen, das Wort zu ihrem Geschäftsbericht. Die Vorsitzende konnte über eine Mitgliederzunahme von 1647 seit dem letzten Verbandstag berichten. Eine lange Debatte knüpfte sich an den Geschäftsbericht, den die Vorsitzende über die seit dem letzten Kongreß zurückliegenden drei Jahre gab. Die Änderungsvorschläge zum Statut waren wichtigster Beratungsgegenstand. Eine ganze Reihe kommunistischer Anträge wurde abgelehnt. Es ist dort so wie hier. Die Kommunisten beliebten dieselben Methoden im Kampf gegen die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, wie wir sie in Deutschland auch kennen. Sie rufen auf zur „Einheitsfront“, natürlich so, wie die Kommunisten sie auffassen — unter Ausschluß bzw. Bekämpfung der sozialdemokratischen Funktionäre und Führer. — Auf Vorschlag des Hauptvorstandes wurde eine Entschließung angenommen, in der von Reichstag und Regierung in Dänemark ein Gesetz gefordert wird, wonach den arbeitenden Frauen sechs Wochen vor und sechs Wochen nach der Niederkunft die volle Lohnentnahme gesichert ist. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl der seither amtierenden Kolleginnen.

Am letzten Sitzungstag beschäftigte man sich mit der Arbeitslosenkasse. Es ist dort nicht so wie in unserem Verband, daß für alle Mitglieder, sofern sie die Wartezeit erfüllt haben, Anspruch auf Arbeitslosen-Unterstützung besteht. Der „Kvindeligt Arbejderforbund“ hat eine besondere Arbeitslosenkasse. Die Mitglieder des Verbandes müssen Mitglied der Arbeitslosenkasse sein und Sonderbeiträge entrichten, wenn sie bei eintretender Arbeitslosigkeit Arbeitslosenunterstützung beziehen wollen. Zwang zum Beitritt zur Arbeitslosenkasse besteht nicht. Die Zahl der Mitglieder, die der Arbeitslosenkasse angehören, ist in den Berichtsjahren um 1397 gestiegen. Sie beträgt 10 784 von insgesamt 12 781 Verbandsmitgliedern. Außer dem Geschäftsbericht, der einstimmig gutgeheißen wurde, standen Statutenänderung und ein Vortrag eines Arbeitsdirektors zur Debatte. In einer zu diesem Tagesordnungspunkt angenommenen Entschließung werden Regierung und Gemeinden aufgefordert, den arbeitslosen Mitgliedern ausreichende Unterstützung zu gewähren und zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit Arbeit zu beschaffen.

Zu bemerken ist, daß der „Kvindeligt Arbejderforbund i Danmark“ in enger Gemeinschaft mit dem „Dansk Arbejdsmands Forbund“ arbeitet und Mitglied der Fabrikarbeiter-Internationale ist. Deshalb können die deutschen Fabrikarbeiterinnen auch mit besonderem Interesse die Entwicklung der dänischen Schwesterorganisation verfolgen, weil es ja im Endergebnis immer darauf ankommt, was praktisch sich ergibt und für die Arbeiterschaft erreicht wird.

## Jugendbewegung.

### Treffen der Fabrikarbeiter-Jugend Gau 1 in Viefefeld.

„Nun gerade!“ Unter diesem Losungswort des Trofes fand das diesjährige Jugendtreffen des Fabrikarbeiter-Verbandes, Gau 1, Trof Deutscher Arbeiter in Viefefeld, trotz fürchterlicher Witterungsverhältnisse am 22. und 23. Juli in Viefefeld statt. In die 50 jugendliche Verbandmitglieder, Vorfahren und Wandel aus den Jugendgruppen des Gau 1 (Einbeck, Hann. Münden, Stadthaus, Osterburg, Gredes, Deimold, Welle, Osnabrück, Celle, Altona, Gifhorn, Goslar, Hameln, Fürstberg, Viefefeld, Gronau, Minden, Hannover), hatten sich dort zusammengefunden. Auch eine Gruppe von Mitgliedern des holländischen Fabrikarbeiter-Verbandes konnten wir begrüßen. Leider verhinderte das Demonstrationverbot unsere Fabrikarbeiter-Jugend, öffentlich massenhaft für Freiheit, Brot und Arbeit zu demonstrieren.

Eine wundervolle Abendfeier auf der schönen alten Sparrenburg leitete das Jugendtreffen ein. Die Spielgruppen Hannover und Minden schenken den republikanischen Japsenreich. Lampen-Königlicher Hof. „Freiheit“ grüßte den Gauleiter Scheinhardt, der die Fabrikarbeiter-Jugend im Namen des Verbandes und der Gauleitung willkommen hieß. Er sprach von der großen wirtschaftlichen und sozialen Not der Jugend: 75 Prozent der jugendlichen Teilnehmer des Treffens seien arbeitslos und ohne Verdienst. Wenn hätte die Jugend das Wort. Sie trauerten, weinten, sangen,

sangen und sprachen Gedichte. Alle gaben ihr Bestes und legten Zeugnis ab von dem lebendigen Geist, der in den Jugendgruppen herrscht. Es soll keine Zurücksetzung der Leistungen der anderen sein, wenn wir hier das starke Mitstreichen hervorheben, das von der Aufführung des Sprechchors „Befreiung“ durch die Jugendgruppe Minden a. d. W. ausging. Es war eine sehr hervorragende Leistung. Noch stärkeres menschliches und geistiges Versehen fand die hannoversche Jugendgruppe, die einen Teil von Erich Kästners Satirspiel „Leben in dieser Zeit“ erweitert durch Songs von Kästner und Brecht, unter dem Titel „Nun gerade“ aufführte. In dem kalkförmigen Galgenhumor der Verse Kästners und Brechts, dem Leierkasten- und Wankelstängerhumor der Melodien kehrten die pessimistischen Lebenserfahrungen der arbeitslosen Jugend wieder, die zuhörte und mitliefte. Sie wüßte aus eigener bitterer Erfahrung: „Die Rentabilität der Betriebe kennt keine Nächstenliebe.“ Aber dann der aufstrebende Schluß: „Nun gerade!“ fand begeisterte Zustimmung. Dieses Ergebnis des Kampfes gegen Unterdrückung und Knechtseligkeit in seiner höchsten Echtheit ist nicht minder ergreifend als der Pathos des Schillerischen Rätkelchwurfs.

Genosse Schreck (Viefefeld) rief die Jugend in seiner Festsprache heraus aus Pessimismus und Hoffnungslosigkeit: „Die Kühnheit der Jugend muß selbst die Sterne vom Himmel herunterzureißen vermögen.“ Dann die Mahnung an die Jugend: „Alles, was ihr erstrebt, kann nur erreicht werden durch die Organisation, den Ausdruck lebendiger Solidarität. Aktivität, Disziplin und Einigkeit sind die Lösung!“

Dann zog die Jugend in die vom Viefelder Jugendkartell besorgten Privatquartiere. Proletarische Hilfsbereitschaft hatte geholfen. Früh am anderen Morgen wurde die schöne Stadt Viefefeld besichtigt. Zwar war uns der geschlossene Demonstrationzug verbot, aber wenn die vielen Einzelgruppen sich trafen, das war, als ob taunende jugendlicher Genossen des Fabrikarbeiter-Verbandes in der schönen Stadt Viefefeld demonstrieren. Des Freiheitsgrußes war gar kein Ende.

In dem wundervoll gelegenen „Rütti“, dem Heim des Metallarbeiter-Verbandes Viefefeld, wurde die Jugend gut aufgenommen. Brauender Beifall dankte der Ansprache des holländischen Genossen Albers (Amsterdam), seinem Auf- und seiner Versicherung internationaler Solidarität.

Der Höhepunkt des Jugendtreffens war die Weihe der Gau-Jugendstandarte. Trommelwirbel der Spielgruppen Hannover und Minden leitete sie ein. Verbandsvorsitzender Thiemig hielt die Weiherede. Darin gedachte er der Not der Zeit und der Forderungen, die diese kampferfüllte Zeit an uns und an die proletarische Jugend stellt. Als Wahrzeichen neuer Verbundenheit in Kampf und Sieg, in Freud und Leid soll die Gau-Jugendstandarte in dem Kampfe für Freiheit und Recht, in dem Aufstieg der Organisation immer voranwehen. Brauender Beifall und Blumen dankten dem Redner. Gauleiter Scheinhardt übergab die Standarte der Jugendgruppe Hannover zu freien Händen. Bewahrerin der Gau-Jugendstandarte soll immer die Jugendgruppe des Gau 1 sein, die jedes Jahr die verhältnismäßig größten Fortschritte gemacht und die beste Jugendarbeit geleistet hat. Mit gemeinsamem Gesang endete die Feier. Nach ein paar Stunden gemeinsamer Freude, Tanz und Spiel, dann schlug die Abschiedsstunde. Jugendgenossin Marie Rubach (Deimold) dankte der Organisationsleitung, insbesondere der Gauleitung und den Viefelder Kollegen und Genossen — denen auch noch von dieser Stelle der Dank des Fabrikarbeiter-Verbandes ausgesprochen wird — für das unvergeßliche Jugendtreffen in dem Sturmjahr 1932. Mit dem Gelächris der Treue zur Organisation trennten sich die Jugendgenossen. „Nun gerade!“ G. R.

## Berichte aus den Stahlstellen.

### Lühr Blendermann †.

Papenburg (Ems). Am 25. Juli verschied plötzlich in der Universitätsklinik zu Münster, wohin er sich wenige Tage vorher begeben hatte, unser lieber Kollege und erster Bevollmächtigter Lühr Blendermann. Mit dem Hinscheiden des Kollegen hat die Papenburger Arbeiterschaft einen schweren Verlust erlitten. Seit vielen Jahren stand Kollege Blendermann aktiv in vorderster Linie der Arbeiterbewegung. Durch sein ehrliches Wesen hatte er sich weit über die Papenburger Grenzen hinaus nicht nur bei seinen Freunden, sondern auch bei seinen politischen Gegnern Achtung errungen. Seine Tätigkeit in der Arbeiterbewegung erstreckte sich nicht nur auf unseren Verband und auf den ADGB, dessen Vorsitzender er war, sondern die Arbeiterschaft schickte ihn auch als sozialdemokratischen Vertreter in das Stadtparlament und in den Kreistag. Lange war Kollege Blendermann Mitglied im Magistrat unserer Stadt. Alle diese Bemühungen für die Arbeiterschaft waren für den Kollegen Blendermann mit großen persönlichen und auch finanziellen Opfern verbunden. Aber Kollege Blendermann leistete alle diese Arbeiten ehrenamtlich neben seinem Beruf als Glasmacher. Seit langer Zeit war er arbeitslos. Nun ist einer unserer besten Kämpfer im 45. Lebensjahre dahin. Sein Leib ist tot, aber nicht sein Geist; sein Glaube an unsere volkerbefreiende Idee ist unser Glaube.

Ehre seinem Andenken!

## Rundschau.

### Das Faustrecht oder die deutsche Kulturhande.

In einer Anschließung des Reichsrats spielte sich am Mittwochmorgen ein beschämender Vorfall ab. Er steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Aktion der Papenburger Regierung gegen die preussische Staatsregierung und zeigt, daß die gewalttätige ihres Amtes enthobenen preussischen Minister nicht gewillt sind, sich mit der Papenburger Aktion auch nur einen Augenblick abzufinden.

In der Anschließung des Reichsrats war für die nach wie vor allein zur Vertretung Preußens berechnete preussische Staatsregierung der stellvertretende preussische Ministerpräsident Dr. Hirtspfer erschienen. Der Reichsinnenminister Freiherr von Gayl erklärte deshalb, daß er in Gegenwart Hirtspfers die Verhandlungen nicht eröffnen werde. Als Minister Hirtspfer unbekümmert darnach im Saal verblieb, drohte Reichsinnenminister von Gayl — wohlgerichtet der Verfassungskommission des Deutschen Reiches — ihn mit Gewalt aus dem Saal zu entfernen zu lassen. Minister Hirtspfer legte namens der preussischen Staatsregierung scharfe Verwahrung gegen diesen neuen Gewaltakt der Reichsregierung ein. Er verließ dann die Sitzung, um dem Reichsrat das entwürdigende Schauspiel eines solchen Rechtsbruches zu ersparen. Amstlicherseits wurde dieser Darlegung widersprochen.

## Nieder mit der Arbeiterbildung!

Die „Deutsche Zeitung“, Organ der rechtsradikalen Staatsstreicher, nationalsozialistisch und reaktionär, läßt sich aus „akademischen Kreisen“ einen wilden Heffartikel unter der Überschrift „Brustkäftendes Marxismus“ schreiben.

Da wird die Maske abgeworfen! Das stockreaktionäre verkümmerte Akademikertum aus dem Nazilager schreit laut wider die Volksbildung. Häßlich wird dargestellt, daß alle Gewerkschaften Gewerkschaftsbildungs- und Schulungskurse haben. Fort damit — heißt die Parole!

Die Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main, die Abendgymnasien, die Hochschulkurse für Arbeiter haben es den Reaktionären besonders angetan. Das muß alles fort — so schreibt die nationalsozialistische „Deutsche Zeitung“.

Arbeiter haben dumm zu sein und zu bleiben! Sie wollen den Bildungstrieb im Volke künstlich niederhalten; sie wollen die Arbeiter vom Erwerb von Wissen ausschließen! Ihr Ideal ist ein verdummes Volk auf niedriger Bildungsstufe — denn nur Dummheit wird das Dritte Reich ertragen. Hier trifft der abgrundtiefe Haß gegen die Arbeiterschaft, die volksfeindliche, reaktionäre Bestimmung der Nazis kraft hervor; hier haben sie verraten, daß sie das deutsche Volk aus einem Kulturvolk in ein Volk barbarischer Knechte verwandeln wollen!

Jene Akademiker, die ihre Studienzeit im Suff verbrachten, merken, daß ihnen die Arbeiterschaft an Wissen teilweise heute schon voraus ist. Deshalb der Ruf nach Massendummheit. Genügt denn die nationalsozialistische Paralyse noch nicht?

## Fettlebe im Wohlfahrtsstaat.

Die in der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erscheinende Bauzeitung „Bauen — Siedeln — Wohnen“ veröffentlicht in ihrer Nummer 14 auf Seite 196 das Ergebnis einer statistischen Erhebung, die von einer gemeinnützigen Baugenossenschaft durchgeführt wurde, um die Auswirkungen der durch Notverordnung verfügten Herabsetzung der Hauszinssteuer-Freigrenze von jährlich 1200 auf 800 Mark auf die Baugenossenschaftsmitglieder festzustellen. Danach haben 50 arbeitslose Genossenschaftsmitglieder, die mit ihren Angehörigen zusammen insgesamt 115 Personen ausmachen, ein Familieneinkommen von monatlich 72 bis 103 Mark. 24 von 50 Erwerbslosen haben bereits Mietrückstände von einem Monat bis zu fünf Monaten. Sie verfügen alle zusammengekommen aus Altersrenten und sonstigen Unterstützungen über monatliche Einnahmen in Höhe von 1235,03 Mark. Hier von sollen sie die durch Hauszinssteuererlaß gekürzte Miete im Gesamtbetrag von 808,12 Mark zahlen, so daß diesen 24 Familien für den Lebensunterhalt monatlich 427,91 Mark zur Verfügung ständen! Selbst wenn sie die verkürzte Miete zahlen, würden ihnen in diesem Falle je Kopf und Tag nur 0,26 Mark für den Lebensunterhalt übrig bleiben! Wer aber will erwarten, daß ein Mensch, dessen ganzes Einkommen je Tag 0,75 Mark beträgt, hiervon bei knurrendem Magen täglich 0,49 Mark Miete aufspart, seine eigene Ernährung aber auf 0,26 Mark je Tag einstellt. So ist die Tatsache erklärlich, daß die Betroffenen das Mietzahlen überhaupt einstellen. (Die Zeitschrift „Bauen — Siedeln — Wohnen“ erscheint monatlich in zwei Heften. Bezugspreis vierteljährlich 2 Mark. Einzelpreis 80 Pfennig.)

## Internationale Arbeiterbewegung.

### Die letzte Verbindung mit den Kommunisten in Norwegen gelöst.

In dem vom 12. bis 21. Juni d. J. abgehaltenen Kongreß hat unser Bruderverband, der Norsk Arbeidsmandsforbund (Norwegischer Allgemeiner Arbeiterverband), beschlossen, den bisher mit dem russischen Bergarbeiterverband bestehenden Gegenseitigkeitsvertrag zu kündigen. Der Beschluß wurde mit 79 gegen 39 Stimmen gefaßt und ist dem russischen Verband zur Kenntnis gebracht worden. Bekanntlich bildete dieser Gegenseitigkeitsvertrag für die Beziehungen zwischen dem Norsk Arbeidsmandsforbund und der Fabrikarbeiter-Internationale, der er bisher angeschlossen war, Anlaß zu Schwierigkeiten.

Damit ist der letzte Gegenseitigkeitsvertrag zwischen Norwegen und den russischen Gewerkschaften gelöst, und damit sind auch die Schwierigkeiten mit der Fabrikarbeiter-Internationale vollkommen beseitigt.

## Verbandsnachrichten.

Waldsassen und Karlstadt. Unterstützung an Durchreisende wird bis auf weiteres nicht mehr ausgezahlt.

Bonn zahlt nur noch an solche durchreisende Kollegen, die mindestens fünf Jahre organisiert sind.

### Die Abrechnung für das 2. Quartal haben eingesandt:

- Gau 1: Einbeck, Grünplan, Hildesheim, Rinkeln, Fallersleben, Lehrte, Stadthaus, Goslar, Burgdorf.
- Gau 2: Dornum, Osterburg, Preftin, Salzwedel, Schöningen.
- Gau 3: Angermünde, Perleberg, Rahnitz, Schönlanke, Neuwedel, Berlin, Schneidemühl.
- Gau 4: Fiddichow, Kolberg, Swinemünde, Schwaan, Leterow, Warin, Woldegk, Labes, Löcknitz, Plau, Wolgast, Stolp, Stolzenburg.
- Gau 5: Danzig, Rastenburg, Heilsberg.
- Gau 6: Oepeln, Gleiwitz, Rauscha, Ziegenhals.
- Gau 7: Bautzen, Dresden.
- Gau 8: Alstedt, Merseburg, Pöhlneck, Mibla, Neuhaus-Steinach, Stadlitz, Raghütte, Sonneberg, Blankenberg, Ellrich, Rahlitz, Heiligenstadt.
- Gau 9: Amberg, Ansbach, Bamberg, Hirschau, Kronach, Rottenburg, Schwarzenbach, Wiefau, Konstein, Arzberg, Bayreuth, Marktredwitz.
- Gau 10: Lenting, Zwiesel, Schellenberg.
- Gau 11: Schwenningen, Waldshut, Wangen, Freiburg, Karlsruhe, Reutlingen, Altrach, Baienfurt.
- Gau 12: Speyer, Germersheim.
- Gau 13: Fulda, Corbach, Kassel, Limburg, Frankfurt, Mainz, Hahn.
- Gau 14: Eilen, Köln.
- Gau 15: Elmshorn, Emden, Westerland, Wittmund, Papenburg, Hamburg, Harburg, Kiel, Scharral, Rastenburg.
- Gau 16: Dülmen, Münster, Wesel, Arnberg, Bredelar, Schermbeck.

## Chemische Industrie

### Die chemische Industrie der Welt.

(Schluß)

Atherische Öle, künstliche Riechstoffe.

Auf dem Markt für atherische Öle und künstliche Riechstoffe sind erhebliche Umlagerungen zu verzeichnen. Hauptächlich wohl infolge des Preissturzes für Agrumöl hat sich die Ausfuhr Italiens auf weniger als ein Drittel vermindert, während sich die französische Ausfuhr, die auf dem Gebiet der atherischen Öle führend ist, verhältnismäßig gut behaupten konnte. Auch die Ausfuhr künstlicher Riechstoffe, an der Deutschland hauptsächlich beteiligt ist, bleibt in ihrem Rückgang hinter dem Durchschnitt zurück.

	1928	1929	1930	1931
	in Millionen Mark			
Frankreich	35	26	26	24
Deutschland	20	22	19	16
Italien	29	32	18	9
Japan	14	16	11	9
Niederlande	7	8	6	6
USA	8	10	8	6
Sonstige Länder	15	17	18	9
Insgesamt	128	131	106	79

### Kosmetische Erzeugnisse.

Ungefähr die Hälfte des Weltexportes an kosmetischen Erzeugnissen stammt aus Frankreich. Auf Kosten Frankreichs geht infolgedessen auch der Hauptanteil am Verbrauchsrückgang auf diesem Gebiet. Die führenden Exportländer nach Frankreich, die Vereinigten Staaten und Großbritannien, haben ebenfalls stark eingebüßt, während sich der verhältnismäßig kleine Export der Schweiz und Deutschlands behaupten konnte.

	1928	1929	1930	1931
	in Millionen Mark			
Frankreich	108	110	90	69
USA	47	46	38	34
Großbritannien	23	23	20	15
Deutschland	15	15	13	12
Schweiz	12	10	10	8
Sonstige Länder	18	23	24	8
Insgesamt	223	229	195	146

### Photochemische Erzeugnisse.

Der Rückgang der Ausfuhr photochemischer Erzeugnisse ist in Anbetracht der Konjunkturrempfindlichkeit dieses Gebietes verhältnismäßig gering. Verschiebungen des Anteils der einzelnen Exportländer sind kaum zu verzeichnen. Deutschland hat nach einem größeren Ausfuhrverlust im Jahre 1930 seinen Anteil im Jahre 1931 wieder erhöhen können.

	1928	1929	1930	1931
	in Millionen Mark			
Deutschland	46	60	48	46
USA	36	39	34	31
Großbritannien	21	23	21	15
Belgien	16	15	13	11
Frankreich	6	6	7	6
Italien	1	1	1	2
Insgesamt	126	144	124	111

### Schädlingsbekämpfungsmittel.

Schädlingsbekämpfungsmittel werden nur von zwei Ländern getrennt nachgewiesen. Bei den meisten übrigen Ländern sind sie unter Schwermetallen oder sonstigen chemischen Erzeugnissen mit-enthalten. Immerhin geht aus den amerikanischen und englischen Zahlen hervor, daß auch hier im Jahre 1931 ein stärkerer Verbrauchsrückgang eingetreten ist, während sich die Ausfuhr noch im Jahre 1930 gut behauptet hat.

	1928	1929	1930	1931
	in Millionen Mark			
USA	25	23	24	16
Großbritannien	22	21	19	16

### Leim und Gelatine.

Verhältnismäßig gering ist der Rückgang im Weltexport von Leim und Gelatine. Hier war Deutschland führend und hat daher auch neben Großbritannien den stärksten Abgabeverlust aufzuweisen, während Frankreich und Belgien ihren Anteil behaupten konnten und Rußland als Konkurrent neu aufgetreten ist.

	1928	1929	1930	1931
	in Millionen Mark			
Deutschland	15	20	20	14
Belgien	8	10	9	10
Frankreich	11	11	9	9
Großbritannien	8	8	6	5
Niederlande	4	4	4	3
USA	4	5	4	2

### Schmiz- und Formstoffe.

Ein nur geringfügiger Rückgang des Weltexportes ist auch bei Schmiz- und Formstoffen festzustellen. Deutschland, das auf diesem Gebiet führend ist, hat hier den größten Exportverlust zu tragen. Demgegenüber hat sich der Anteil der kleineren Exportländer erhöht.

	1928	1929	1930	1931
	in Millionen Mark			
Deutschland	31	34	26	23
USA	10	9	10	10
Frankreich	9	8	11	8
Sonstige Länder	5	7	9	9
Insgesamt	55	58	56	50

Bei allen übrigen chemischen Erzeugnissen ist eine nahezu vollständige Erfassung des Weltexportes nicht möglich, da hier verschiedene kleinere Exportländer stark hervortreten, deren Aufhandelszahlen in den letzten Jahren aus amtlicher Quelle noch nicht vorliegen. Über die Hauptexportländer läßt sich nur noch bei Pulver-, Polier- und Reinigungsmitteln das folgende Bild gewinnen:

	1928	1929	1930	1931
	in Millionen Mark			
Großbritannien	27	24	20	17
USA	11	12	11	10
Deutschland	4	5	5	5

Diese sehr interessanten Zahlen zeigen insbesondere, daß die chemische Industrie Deutschlands unter allen chemischen Industrien in den verschiedensten Ländern der Welt mit an der Spitze marschiert. Insbesondere die deutsche chemische Industrie hat es verstanden, durch internationale Vereinbarungen auf vielen Gebieten sich einen festumrissenen Anteil des Welthandels in Chemikalien zu sichern. Gemessen an dieser Spitzenstellung ist die Zahl der Arbeiterschaft in der deutschen chemischen Industrie, die von Jahr zu Jahr durch Rationalisierung und Technisierung der Betriebe weiter abgebaut wurde, verhältnismäßig gering. Es gibt kaum eine andere Industrie, die international so starke Bindungen hat wie die chemische Industrie. Deshalb ist gerade für die Arbeiterschaft der chemischen Industrie die internationale Verständigung von größter Wichtigkeit. R. Segerer.

## Chlorgasvergiftung.

Im Konzernwerk Odermünde der Feldmühle AG ereigneten sich am 23. Juli Massenunfälle dadurch, daß aus einem undicht gemordenen Rohr größere Mengen Chlorgas entwichen, wodurch 13 Personen bewußtlos im Arbeitsraum liegen blieben und zum Teil recht schwere Vergiftungen erlitten. Der größte Teil der Arbeiterchaft konnte sich frühzeitig retten. Die Vergifteten wurden dem Frauendorfer Krankenhaus zugeführt.

Die Papiermacher-Berufsgenossenschaft hat bereits im Dezember 1931 Richtlinien zur Unfallverhütung in Chlorbetrieben herausgegeben, deren Abschnitt 14 — im Zusammenhang mit diesen Unfällen in Odermünde — besonders erwähnenswert erscheint:

„In kurzen Perioden müssen regelmäßige und sorgfältige Kontrollen der Betriebsanlagen und aller Schutzeinrichtungen erfolgen; es ist darüber Buch zu führen.“

Damit ist wohl die Frage berechtigt: Haben in Odermünde diese Kontrollen vorschriftsmäßig und gründlich genug stattgefunden?

Weiter ist wohl die Frage erlaubt, ob in Odermünde besonders der Abschnitt 1 dieser Richtlinien von der Betriebsleitung genügend beachtet wurde, wonach die „Arbeiter und Arbeiterinnen über die gefährlichen Eigenschaften der in ihrem Wirkungskreis vorkommenden Chlorgase und Chlordämpfe sowie über die Maßnahmen bei vorkommenden Störungen, Unfällen, Vergiftungen oder Explosionen zu unterrichten“ sind.

Uns scheint, daß in Odermünde nicht immer nach den Richtlinien verfahren wurde, sonst hätte ein Unglück in diesem Ausmaße vermieden werden müssen. Oder hat man in Odermünde keine Zeit zur Kontrolle der Anlage gehabt, weil die Sorge um den nationalen Wahlsieg der Hitler- und Hugenbergianer die verantwortlichen Geister zu stark in Anspruch nahm?

Wir erwarten Antwort!

G. Stähler.

## Papier-Industrie

### Arbeiterlöhne, Vorstandseinkommen und Aufsichtsratsentschädigungen im Waldhof-Konzern.

„Die durch Liberalismus und Marxismus gezeuhten materialistischen Auffassung, die jede Arbeit nur unter dem Gesichtspunkte des Geldverdienens betrachtet, muß aus den Köpfen verschwinden!“

Mit diesen Worten begründet der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete und Reichsleiter der Arbeitsdienstpflicht im gelben Hitlerpalast in München nicht nur die Arbeitsklaverie nach Nazirezept unter militärischer Leitung bei einem täglichen Taschengeld von 30 bis 50 Pf., die Regierungsrat Schückelgruber der deutschen Arbeiterschaft auf dem Geseßeswege im Dritten Reich bescheren will, sondern damit buhlt die National-„Sozialistische Arbeiterpartei“ auch um die Gunst ihrer kapitalistischen Geldgeber.

## Was ist Marxismus?

„Die Wissenschaft, die alle Geschehnisse in der menschlichen Gesellschaft, alle Triebkräfte der menschlichen Geschichte und alle Möglichkeiten der Umwandlung der bestehenden Ordnung ergründen will, um den Ausgebeuteten die Befreiung ihrer Arbeit, den Hungernden das Brot und den Leidenden das Glück zu schaffen, das ist Marxismus...“

Diese ausgezeichnete Formulierung des Begriffs Marxismus findet sich in der neuen, leserwerten Broschüre: „Was ist Marxismus?“ Die kleine Schrift ist in der Volksbuchhandlung erhältlich. Sie kostet nur 10 Pf.

Unter den Köpfen, aus denen die „materialistische Geldgier“ verschwinden soll, sind natürlich nur die Köpfe der Proleten gemeint, nicht aber die der Schwerverdiener in Industrie, Banken und Handel, nicht die königlichen, prinzlichen und durchlauchtsten Nutznießer hoher republikanischer Pensionen, nicht die landwirtschaftlichen Säuglinge an der republikanischen Subventionsbrunn und noch weniger die rund 2000 bezahlten Nazibonzen, von denen Schückelgruber ein Jahreseinkommen von rund 200 000 Mark, der Jugendstil-Briefschreiber Röhm monatlich 1800 Mark und die anderen Bonzen zwischen 1300 und 1500 Mark — nach den unwidersprochen gebliebenen Feststellungen des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands — verdienen sollen.

### Die materialistische Geldgier der Arbeiter in Zahlen.

In den zum Waldhof-Konzern gehörigen Zellstofffabriken Ragnit und Lissit erzielen die Arbeiter heute noch wöchentliche Nettoverdienste von 21 bis 32 Mark. Dafür müssen die Arbeiter 48 bis 56 Stunden, in letzteren Fällen auch Sonntags, teilweise in Räumen mit säuredurchschwängelter Luft, jede Woche schuften.

### Lohnabbau in der ostpreussischen Zellstoffindustrie.

Diese „materialistische Geldgier“ geht den Machhabern der Feldmühlen- und Waldhof-Konzerne nach Hitlerischem Rezept zu weit. Deshalb hat der ostpreussische Arbeitgeberverband den Bezirkslohnrat gekündigt und einen Lohnabbau von „nur“ 15 Prozent verlangt. Begründet wird dieser Lohnabbau u. a. mit der „Notlage des Waldhof-Konzerns“.

Die materialistische Genügsamkeit der Waldhof-Verwaltung. Zu dieser Frage, die auch die „Notlage“ der Verwaltungsglieder im Waldhof-Konzern recht treffend beleuchtet, geben wir der „Frankfurter Zeitung“ das Wort. Diese schrieb in ihrem Waldhof-Bericht am 8. Juli 1932 u. a. folgendes:

„Zu erwähnen bleibt noch, daß die Verwaltungszüge bei Waldhof selbst mit 526 200 Mark unter Einschluß von Kofel und Pappus (aber nicht der übrigen Tochtergesellschaften) mit 659 443 Mark in einem Posten angegeben werden für jetzt noch drei Vorstandsmitglieder und 8 A.R.-Mitglieder, von denen die letzteren in diesem Jahre wohl nur die feste Vergütung von 45 000 Mark bezogen.“

Wenn Worte noch einen Sinn haben, so bedeutet diese Meldung, daß im Durchschnitt — auch wenn der Konzern mit Verlust arbeitet — auf jedes Aufsichtsratsmitglied eine jährliche Entschädigung von

5 625 Mark und im Geschäftsjahr 1931 auf jedes der drei Vorstandsmitglieder im Durchschnitt 2 048 143 0 Mark Verwaltungsbezüge (sprich: Gehälter) entfielen.

Das ist natürlich keine „materialistische Geldgier“, denn warum soll das Jahreseinkommen eines Generaldirektors auch geringer sein als das Einkommen des Naziparteiführers Hitler und früheren Anstreichergefellens Schückelgruber. Bestimmt wird damit aber die Notlage ebenso bewiesen, wie Hitler mit seinem Einkommen die Notlage der deutschen Arbeiterklasse beweist.

### Materialistische Geldgier der Arbeiter und kapitalistische Bescheidenheit in Vergleichszahlen.

Rechnet man die Einkommen der ostpreussischen Zellstoffarbeiter, ihrer Generaldirektoren und Aufsichtsratsmitglieder auf den Tag um, dann ergeben sich folgende Summen:

	Werktägliches Verdienst in Mark
Vorstandsmitglieder	682,70
Aufsichtsratsmitglieder	18,75
Ostpreussische Zellstoffarbeiter	3,50—4,60

Während die Vorstandsmitglieder unter der Last ihrer fählichen körperlichen und geistigen Arbeit noch Zeit finden, in vielen Ehrenämtern tätig zu sein, während die Aufsichtsratsmitglieder sich jährlich drei- bis viermal im Schweiß ihres Angesichts um das Wohl des Konzerns und dessen Arbeiterschaft in kurzen Sitzungen abmühen, so „materialistischen und geldgierigen“ Zellstoffarbeiter so genüßlich, sich täglich auch noch mindestens acht Stunden unter oftmals recht schwerer körperlicher oder anstrengender geistiger Tätigkeit in den Konzernbetrieben zu amüfieren.

Wer nun noch nicht glaubt, daß der Waldhof-Konzern notleidend ist, der ist bestimmt ein marxistisch orientierter Gewerkschaftsbegeh; wer aber wirklich von der Konzernnotlage und der materialistischen Genügsamkeit der Verwaltungsglieder und damit von der Notwendigkeit eines weiteren Lohnabbaus überzeugt ist, dem gebührt zur höchsten Befriedigung seiner Wollust wirklich ein Arbeitsdienstoffahr in der nationalsozialistischen Zwangsarbeitskolonne. G. Stähler.

## Die Unfallverhütungskommission in der Zellstofffabrik Alchaffenburg.

Im Februar 1929 wurde im Anschluß an die Reichsunfallverhütungswoche eine Unfallverhütungskommission gebildet. Diese Kommission setzt sich zusammen aus einem Ingenieur des Betriebes, einem Maschinenmeister, Vertretern des Betriebsrates und sonstigen Arbeitern der verschiedenen Betriebsabteilungen. Im Dienste der Unfallverhütung haben sich Arbeiter bewährt, die besonders befähigt sind, Gefahrenquellen zu erkennen und infolge ihrer Tätigkeit alle Abteilungen des Betriebes kennenlernen, z. B. Schmierer, Motorenwärter, Handwerker usw.

Die folgende Übersicht gibt einen Einblick in die Erfolge, die erzielt wurden:

Jahr	Belegschaftsstärke	Unfälle	Unfälle in % der Belegschaftsstärke
1928	1023	138	13
1929	991	136	13
1930	955	89	9
1931	828	44	5

### Art der Unfälle:

Jahr	leichte	mittlere	schwere	tödliche
1928	118	16	4	—
1929	116	15	5	—
1930	70	15	4	—
1931	33	10	1	—

Die Unfälle auf dem Weg von und zur Arbeit sind nicht berücksichtigt.

Die Unfallverhütungskommission macht in ihren Beratungen auf Schutzvorrichtungen aufmerksam und sorgt für Ausführung und Anbringung der Vorrichtungen. Ferner hat sie die Aufgabe, dort eingzugreifen, wo Schutzvorrichtungen wegen Reparaturen beseitigt wurden. Außerdem sind an allen erforderlichen Stellen entsprechende Warnungstafeln angebracht worden. Über diese selbstverständliche Arbeit hinaus, die darin besteht, die Anlage so zu gestalten, daß normale Unfallgefahren ausgeschaltet werden, befaßt sich die Kommission mit der psychischen Einwirkung auf die Arbeiterschaft, um Unfälle zu vermeiden, die durch Unvorsichtigkeit entstehen. Die durch Unvorsichtigkeit herbeigeführten Gefahrenmomente werden schriftlich mit der zweckentsprechenden Warnung der Arbeiterschaft des Betriebes bekanntgegeben und in den Betriebsversammlungen durch den Betriebsrat eingehend behandelt.

In früheren Jahren war ein Großteil der Unfälle auf das Besteigen der Leitern zurückzuführen. Die Kommission veranlaßte das Anbringen von Gummiringen an den Leitern, besonders bei glattem Betonboden, und die öftere Kontrolle der Haltbarkeit der Sprossen usw. Das beschränkte derartige Unfälle in neuerer Zeit auf ein Minimum. Desgleichen wurde dem Anfeilen und der Beaufsichtigung durch einen zweiten Mann beim Besteigen der Kocher, Laugenbofische, Brunnen, Silos, Türme usw. besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Als grundlegende Sicherheitsmaßnahme bei Reparaturen, z. B. an Antrieben, Aufzügen usw., hat sich das Entfernen der Sicherungen in der Stromzuführung zum Antriebsmotor erwiesen. Außer dem Entfernen der Sicherungen wird der Arbeiterschaft mit Warnungstafeln versehen, um das Einsetzen der Sicherungen während der Reparatur zu verhindern. Von Zeit zu Zeit werden von zwei Personen der Kommission Kontrollgänge durch den Betrieb unternommen, um Schutzvorrichtungen zu überprüfen und Anregungen im Sinne der Unfallverhütung zu geben.

So hat sich die Tätigkeit der Unfallverhütungskommission sehr segensreich zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiterschaft ausgewirkt. Sie bedeutet eine fühlbare Erleichterung für die Aufgaben der Gewerbeaufsichtsbehörde. Jos. Baumann, Betriebsratsvorsitzender.

# Unterhaltung, Wissen und Bildung

## Amilin

31. Fortsetzung.

„Gewiß, Mannhart, hätten sie das. Gegen einen Gegner wie die Alfa muß das ganze Heer eingesetzt werden. Und doch wird es auch nur dann den Kampf gewinnen, wenn es gut ausgerüstet, diszipliniert in den Kampf tritt und nicht schon vorher mit Deserteur und Franktireuren sich herumschlägt.“

Der Schiedsrichter sanktionierte das Glend und die Not unter der Chemiarbeitererschaft. Und das war die ganze Tragik ihres Berufes und ihres Daseins, daß dieses Glend für immer in ihren Häuschen wohnte und von der Öffentlichkeit nicht beachtet wurde, während ihre Arbeitgeber zu den Reichsten und Mächtigen der Welt gehörten. Die Aktionäre dieses Trusts schafften die Dividenden millionenweise ein, ihnen war der Profit alles, die Arbeiter galten nichts. Nur soweit sie an der Erhaltung ihrer Arbeitskraft interessiert waren, taten sie so viel, wie sie gewohnheitsmäßig tun mußten. Noch nie in der Entwicklungsepoche der kapitalistischen Warenproduktion war ein industrielles Unternehmen reicher, mächtiger, angesehener als die Alfa. Noch niemals in der Periode des Kapitalismus waren aber die Arbeiter so rechtlos und mußten so viel Hunger leiden, wie die Arbeiter der Alfa.

### 12. Kapitel.

Nur wenige Monate nach dem großen Streik trat der Aufsichtsrat der Alfa zu einer Sitzung zusammen, um den Bericht über das verlossene Geschäftsjahr entgegenzunehmen. Der Generaldirektor, umgeben von einem Stab Unterdirektoren und Sekretären, las seinen Bericht aus einer kleinen Aktenmappe vor. Die Herren lehnten nachlässig in ihren gepolsterten Stühlen und hörten mit gespannter Aufmerksamkeit den Worten ihres Geschäftsführers zu. Schwerer Dunst von teuren Havannas schwebte an der Decke des Konferenzzimmers. Durch das nahe Fenster kamen neugierige Strahlen der Sonne herein, als ob sie von ihrer glänzenden Mutter beauftragt wären, sich den Geschäftsjahren der reichen, profitbringenden Alfa mitanzuhören. Von der gefälschten Decke des Zimmers purzelten sie wieder zurück in den blaugewellten Dunst der Havannas und umgaben die interessiert dreinschauenden Aufsichtsräte mit einem wie von Weibrauch geschwängerten Glorionschein. Ja, sie waren an diesem Tage wirklich von einem Glorionschein umgeben, die Aufsichtsräte der Alfa. Es war der Glorionschein des uneingeschränkten Profits.

„Meine Herren“, begann der Generaldirektor, „ich habe die Ehre, Ihnen heute den Geschäftsbericht über das verlossene Jahr bekanntzugeben. Es freut mich außerordentlich, Ihnen mitteilen zu können, daß es der Leitung im verlossenen Berichtsjahre gelungen ist, den Reingewinn vom Vorjahre um annähernd dreißig Millionen zu erhöhen. Rationelle Betriebsführung, äußerste Sparsamkeit und persönliche Initiative trugen zu diesem Erfolge bei. Das Geschäftsergebnis kann als sehr gut bezeichnet werden. Die Auftragslage lag gegenüber dem Vorjahre um zehn bis fünfzehn Prozent höher. Der Umsatz der Fertigfabrikate konnte ebenfalls wesentlich gesteigert werden. Die Preise der Produkte hielten sich gut, teilweise ließ die gesteigerte Nachfrage eine Aufwärtsbewegung der Preise zu. Die allgemeinen Geschäftskosten bewegten sich in normalen Grenzen. Der Anteil der Löhne und Gehälter ist prozentual niedriger als im Vorjahr. Die Steigerung der Arbeitsleistung gestaffelte eine nicht unbedeutende Verringerung der Belegschaften sowie eine Verjüngung des Personals. Zur Lohnpolitik kann gesagt werden, daß nach unserer Auffassung durchaus angemessene Löhne und Gehälter gezahlt wurden.“

Die Handlungskosten wurden ebenfalls gesenkt. Es erschienen zwar immer noch etwas hoch, da aus gewissen Gründen, die den Herren wohl bekannt sind, verschiedene Kontos über dieses Generalkonto laufen. Es wurden mehrere Werke in Betrieb genommen, in denen wir jetzt manche Hoffnungen und Bedarfsartikel selbst herstellen. Ebenso konnten durch Verträge die Preise für Rohstoffe gesenkt werden. Sehr hoch liegen noch die sozialen Ausgaben. Auch hier muß eine spürbare Entlastung erreicht werden. Ferner ist es gelungen, die Preise der eigenen Halb- und Fertigfabrikate durch Kartellverträge und Preisabreden zu halten, teilweise auf eine rentable Höhe zu bringen. Auch im vergangenen Jahr wurde die Interessensphäre der Alfa beträchtlich erweitert. Wir erhielten Einfluß in der Papier-, Holz- und Zellstoffindustrie. Der Kunstseidenmarkt hat sich verbreitert. Die Produktion von Schwermetallen und Brennstoffen liegt ununterbrochen. Für die nächste Zeit sind bedeutende Verträge und Abschlässe mit in- und ausländischen Unternehmen zu erwarten. Verhandlungen mit fremden chemischen Industrien verlaufen günstig. Sehr gute Resultate erbrachten die Notenverträge mit der überseeischen Industrie. Auf dem inneren Markte konnten zahlreiche Reaktionen vorgenommen werden. Die erforderlichen finanziellen Mittel erschienen unter dem Titel „Generalkosten“. Auf diese Weise kann an die Ausgabe von weiteren Genfaktoren gedacht werden, da die Investitionssummen dem Geschäftsergebnis vorweggenommen wurden.

Die finanzielle Grundlage ist somit mehr als gut. Anlagevermögen und Bankguthaben haben sich verdoppelt, die Bankverbindlichkeiten sind zurückgegangen. Die flüssigen Mittel betragen zur Zeit rund 34 Millionen Mark. Im gedruckten Geschäftsbericht erscheinen den Herren vielleicht die Epeurenrechnung, Abschreibungen und Auslandsüberweisungen etwas zu hoch. Ich darf das wohl mit der enormen finanziellen Belastung der Firma entschuldigen. Detailliert sehen Sie die Ergebnisse der einzelnen Produktionsparten. Farben, Chemikalien, Medikamente erzielten sehr gute Ergebnisse. Knappfaser hat etwas unter der Konkurrenz. Farbstoffe hielten sich gut. Ole, Benzole, Säuren und Alkalien lieferten ebenfalls zufriedenstellende Abschlässe. Am Schluß des Geschäftsberichtes finden die Herren die Gesamtübersichten und -ausgaben im einzelnen. Nach dem Bericht beträgt der Reingewinn 193 Millionen Goldmark. Nach Abzug der Geschäftskosten, Abschreibungen, der Kontos für Prämien, Pensionen und sonstige Unkosten verbleibt ein Reingewinn von 123 Millionen Goldmark. Die Verwaltung schlägt dem Aufsichtsrat vor, der Generalversammlung eine Erhöhung der Dividende für das abgelaufene Geschäftsjahr um elf auf dreizehn Prozent zu unterbreiten. Ich darf die Herren bitten, den Geschäftsbericht als vertraulich zu behandeln. Entsprechende Mitteilung — die Presse wird von seiten der Verwaltung ergehen. Ich danke Ihnen, meine Herren, und bitte, die Arbeit der Verwaltung in wohlwollenderem Sinne kritizieren zu wollen.“

Nach diesem Bericht des Generaldirektors schwanzelten die Herren Aufsichtsräte und beglückwünschten ihn zu seinem Erfolge. Ihr Sprecher dankte der Verwaltung für ihre anspornende Tätigkeit. Jüngendliche Kritik, so glaube er, sei nicht opportun. Das Ergebnis sei außerordentlich günstig. Der Aufsichtsrat akzeptierte den Vorschlag der Verwaltung zur Erhöhung der Dividende von elf auf dreizehn Prozent. Damit glaube er der Zustimmung sämtlicher Kollegen sicher zu sein. Darauf ging der Sprecher auf den Generaldirektor zu und schüttelte ihm kräftig die Hand.

Nachdem einmal erhob sich der Generaldirektor: „Meine Herren! Ich danke für das mir und der Verwaltung entgegengebrachte Vertrauen. Auch im neuen Geschäftsjahre wird die Verwaltung bestrebt sein, mit aller Kraft für den weiteren Aufstieg der Firma zu wirken. Im übrigen kann ich auch für das letzte Berichtsjahr nur Gutes berichten. Die Aufträge gehen weiter sehr zahlreich ein. Der Absatz hält sich im wesentlichen auf der Höhe des Vor-

## Roman von Fritz Volmar

jahres. Rationalisierung und Technisierung machen weitere Fortschritte. Die starke Depression auf dem Weltmarkt hat das Farben- und Drogengeschäft wenig beeinträchtigt. Der Umsatz an Blei- und Brennstoffen hat eine vorteilhafte Ausdehnung angenommen. Die Aussichten für das neue Geschäftsjahr sind nicht ungünstig. Außerdem darf ich zum Schluß den Herren eine freundliche Mitteilung machen. Die Generalversammlung wird bereits im neuen Verwaltungsjahre tagen können. Und nun gestattet sich die Verwaltung, die Herren Aufsichtsräte zu einem kleinen Imbiß einzuladen. Die Sitzung ist geschlossen.“

Anschließend begaben sich sämtliche Herren mit der Verwaltung ins Kasino, um den Rest des Tages (es war 11.50 Uhr, die Sitzung hatte um 10 Uhr begonnen) dort zu verbringen.

Für diese Schwerarbeit erhielt jedes Aufsichtsratsmitglied eine kleine Entschädigung im Betrage von sechsundfünfzigtausend Goldmark. Das war die Erwerbslosenunterstützung, welche die Alfa ihnen das ganze Jahr über erwerbslosen Aufsichtsräten in sozialer Weise zukommen ließ.

Am anderen Tage erschien eine kurze Notiz in der bürgerlichen Presse: „Aufsichtsratsitzung bei der Alfa. Laut Bericht der Verwaltung an den Aufsichtsrat wird die Dividende für das verlossene Geschäftsjahr von elf auf dreizehn Prozent erhöht. Flotter Geschäftsgang, außerordentlich guter Absatz, günstige Kassenlage ermöglichen dieses gute Ergebnis. Die Aussichten für das neue Geschäftsjahr sind zufriedenstellend.“

Anschließend kommentierten die bürgerlichen Blätter den ärmligen Bericht der Verwaltung. Das günstige Ergebnis der diesjährigen Bilanz bringe erneut „en Beweis, daß die Alfa das befähigteste Unternehmen des Reiches sei. Die Leistungsliefe ein Beispiel dafür, was klare, zielbewusste Leitung und persönliche Initiative zu leisten imstande sind. Ein großer Teil der Erfolge sei wohl auf das Konto einer vorbildlichen Rationalisierung zu buchen. Der Abschluß und die Erhöhung der Dividende bedeute ein gutes Omen für die Zukunft. Solcher Geist, gepaart mit unermüdlichem Fleiß, stellt der Verwaltung ein glänzendes Zeugnis aus und ist zugleich ein Vorbild für alle, die an der wirtschaftlichen Befundung des Vaterlandes mitarbeiten. Das sei um so mehr zu begrüßen, da gerade die gegenwärtige Zeit mit ihren falschen gemeinwirtschaftlichen Experimenten am kranken Körper der Volkswirtschaft solche klugen und weislichen Männer so bitter notwendig habe wie das tägliche Brot.“

Auf die Pressenotiz hin schnellten am nächsten Tage die Aktien der Alfa um zwanzig Prozent in die Höhe.

Vor dem gigantischen Verwaltungsbau der Alfa fuhrn lange Reihen Automobile vor. Man sah verschiedene ausländische Marken darunter, die mit schwarzweißen Wimpeln versehen waren. Die Metallbeschläge und Karosserieteile funkelten und glitzerten in der Morgen Sonne wie zahlreiche kleine Kristallspiegel. Es war der Reichtum, der da glitzerte, funkelte und glänzte. Genau so spiegelte sich die Alfa mit ihren Millionengewinnen im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wider. Ja, sie mußten zu repräsentieren, die da in den eleganten Wagen vorfahren. Sie erschienen an diesem Tage voller Selbstgefälligkeit, die schweren Havannas mit den silbernen Rauchbinden in den goldberingten Fingern. Es waren die Aktionäre der Alfa, dreihundertsechzig an der Zahl. Sie erschienen im Frack und mit Zylinder zur Generalversammlung. Feiertagsstimmung lag über ihren zufriedenen Gesichtern. Die meisten von ihnen füllten ihre Zeit mit ähnlichen Veranstaltungen und Versammlungen das ganze Jahr über aus. Viele von ihnen hatten kaum eine blasse Ahnung von einem gemeinlichen Betriebe. Ebenso sahen die wenigsten von ihnen eine der Giftknoten von innen. Sie begnügten sich damit, alljährlich den Bericht der Verwaltung zu hören. Nachher bezeugten sie die Bank und das Konto, auf welches ihr Anteil am Ertrage der produktiven Arbeit ihrer Arbeiter überschrieben werden sollte. Von Beruf also waren die meisten erwerbslos. Sie kamen an diesem Tage sozusagen vor das Stempelamt und nahmen ihre Unterfertigung in Empfang.

Es gab allerdings auch einige unter ihnen, die arbeiteten, und solche, die als wissenschaftliche Kapazitäten galten. Sie unterschieden sich jedoch in nichts von ihren Kollegen im Aufsichtsrat. In diesem Tage kamen sie nicht als Arbeiter oder Gelehrte, sondern ebenfalls als Aktionäre, als Dividendenschlucker des großen Amilintruffs. Sie begnügten sich nicht mit ihren Gehältern, Lohnteilen und Wästen, die sie in überreichem Maße für ihre Mitarbeiter erhielten. Sie wollten auch teilhaben am Segen, der sich aus der Arbeit der Arbeiter heranskristallisierte, der aus ihnen herausstrahlte, und teilweise erborgt wurde, nämlich von den Aktionären.

Gegen zehn Uhr früh war im großen Caragenhof des Verwaltungsbaues der gesamte Autopark aufgefahren. Die Wagen der Aktionäre repräsentierten allein schon ein Vermögen, das in die Millionen ging. Das Verwaltungshaus ragte mit seinen mächtigen eisernen Vorhängen, dem monumental wirkenden Hauptportal und den endlosen Fensterfronten wie eine frühe Burg aus dem Mittelalter über alle anderen Gebäude seiner Umgebung hinaus. Eine frühe Burg war es ja auch. Im Volksmund nannte man sie die Wundenburg. Darin hauste nicht, wie in den Burgen des Mittelalters, ein Ritter mit Harnisch und Schwert, der von seinen reißigen Knechten sein Bestium bewachen und beschützen ließ, das durch einen tiefen Wallgraben von der übrigen Welt getrennt ist. In dieser Burg hauste eine ganze Anzahl Ritter, und zwar hausten sie ohne Harnisch und ohne Schwert, ganz moderne Ritter, außergewöhnlich modern, in Frack und Zylinder. Ihr unsichtbarer Harnisch war die bürgerliche Ordnung. Der Regen, mit dem sie ihr Bestium verteidigten, war nicht von Stahl und baumelte nicht an ihrer Seite, der war aus Gold und lagerte in feineren Bankaktoren. Der Wallgraben, der sie von der übrigen Welt trennte, war der Klassenunterschied mit seinen tausend von der Springflut des Mammons angefüllten Klagengegenständen. Ihr gemeinsamer Hümpfling war der Profit. In diesem Tage hatte er sie um sich versammelt, seine Getreuen, seine Genossen und Reißigen, auf dem mächtigsten Kriegszuge gegen die Klasse der Arbeiter. Jedes Jahr war das so, verarmt hatte er seine Genossen in dieser Burg, die sie ihm zu Ehren zu verteidigen. Deshalb strömten alle mit so freudiger Hast herbei, sprangen vergnügt aus ihren eleganten Limousinen und verschwanden im Festhül der Wundenburg, die mit ihrem flachen Dächerfeld in die Ferne ragte wie das gewaltige Massiv eines riesigen Gebirgsblokes.

Diese Ritter verfügten über das Leben ihrer hunderttausend Knechte und hatten Befehl über sie. Das waren aber keine reißigen, schwerbewaffneten Knechte mehr, die mit ihren Rüstern auszuhen, kämpften und teil an der Beute hatten. Nein, das waren geknechtete Arbeiter, die allein im Felde der kapitalistischen Warenproduktion kämpften, die nicht teil an der Beute hatten, sondern von ihren Herren noch mit ausgebeutet wurden.

Bei der Errichtung der gigantischen kapitalistischen Wundenburg war nicht gespart worden. Der Alfa kam es auf ein paar Millionen mehr oder weniger nicht an. Die Geschäftselemente rissen sich förmlich um die Aufträge. Jeder wetteiferte mit seiner Arbeit, mit der Güte seines Materials. Und es war den Herren nicht leicht, etwas zu vornehmen zu machen. Wiederholt mußten Arbeiter

abgerissen und in anderer, besserer Ausführung neu gemacht werden. So wurde zuerst eines der Treppenhäuser mit Steinen aus Muschelkalk eingebaut. Später mußte es wieder befestigt werden, da auf höhere Anordnung für sämtliche Treppenhäuser Marmor vorgefrieben wurde. Das Innere des Gebäudes war einfach übermäßig. Schon die endlosen und doch auf wirkungsvolle Übersicht abgestuften Korridore setzten den Besucher in Erstaunen. Sämtliche Räume waren prunkvoll ausgestattet. Tausend Fenster aus bestem, teilweise ornamentiertem Glas öffneten sich für Licht, Luft und Sonne. Wände und Decken waren mit den edelsten Hölzern gefälscht. Der Fußboden glänzte in wundervollem Parkett. Nicht eine der modernsten Tanzdielen hatte ein solches Parkett. Zahlreich waren die Räumlichkeiten, die der Repräsentation dienten. Es gab einen großen und kleinen Empfangsraum, einen großen und kleinen Sitzungssaal, zwei Festäle, weiter ein halbes Dutzend intime kleine Räume, darin Konferenzen, Geheim-sitzungen abgehalten wurden. Der Prunk und die phantastische Pracht, mit der diese Räume ausgestattet waren, sollte wohl den vornehmen Gästen und reichen Kunden die Macht und das Ansehen der Alfa vor Augen führen. Da war das Arbeitszimmer des Generaldirektors mit zwei schweren Doppeltüren und besonderen Patentschlössern. Die Pracht und Eleganz seiner Ausführung war fabelhaft. Es war das Tabernakel der Alfa, vor dem alle untergeordneten Organe ehrfurchtsvoll erschauerten. In einem indischen Harem oder zu Petrus durch das Himmelstor kann man eher gelangen, als in niedriger Angestellter der Alfa in das Zimmer seiner Majestät des Generaldirektors. Keines gewöhnlichen Sterblichen Fuß betrat je die Schwelle dieses kapitalistischen Heiligtums.

Überall in den imponierend wirkenden Fluchten der Korridore und Zimmer des Kolossalbaues konnte man sehen, daß hier mit aller Raffinesse der Mode und der Technik gebaut worden war, und daß nichts, weder Material noch Geld, eine Rolle spielte. Hier repräsentierten der Reichtum, die Macht und das Herrtentum.

Am prachtoollsten, künstlerisch und architektonisch ein Meisterwerk, war der Empfangsraum eingerichtet. Klubstühle, Tisch, Bücherregal, Garderobe mit Kristallspiegel, überhaupt alle Gegenstände bis herab zum goldberanderten Silberbecher, waren aus feinstem Material. Die mit Ebenholz gefälschten Wände waren von kostbaren Gemälden geschmückt. Von der gefälschten Decke grähten kunstvoll eingemalte Figuren. Die Besucher, meistens ehrbare Kunden und neugierige Reporter, betrachteten mit ehrfurchtsvoller Bewunderung den überladenen Prunk und den prächtigen Reichtum, der ihnen in dieser glänzenden Umgebung entgegentrat. Ihre Achtung, ihr Respekt vor den kapitalistischen Besitzern dieser neuen Zwingsburg steigerte sich bis zur Ehrfurcht. Niemand, keiner von ihnen, wagte ein Wort zu sagen gegen die Art und Weise, wie hier mit dem Gelde gewirkt wurde. Im stillen dachte sich wohl mancher: „Herrgott, da muß Geld zuhause sein, da wird nur so gewühlt im Geld“, und manchem stieg vielleicht der Jörn auf darüber, daß in dieser Notzeit solche verschwenderische Pracht getrieben wurde. Aber sagen, laut kritisieren, das wagte keiner von ihnen. Das könnte ja die Verwaltung der Alfa abnehmen, und mit einem solch mächtigen Konzern darf es doch ein ehrbarer Bürger und gar erst ein Reporter, nicht verderben. Lieber erstirbt er vor Ehrfurcht und Bewunderung vor den kapitalistischen Pharaonen und ihren Pyramiden.

Man hätte glauben können, hier gälte es, jeden Tag Staats- oberhäupter, Minister und Präsidenten feierlich zu empfangen. Dem war nun gerade nicht so. Ein Direktor der Alfa stellt sich doch nicht mit irgendeinem Minister auf eine Stufe. Mit seinem Gehalt nicht und je nach der Herkunft eines Ministers auch nicht mit seiner Person. Er arbeitet doch nicht für ein erbärmliches Ministergehalt, er arbeitet überhaupt nicht bloß für Gehalt. Seine Bezüge legen sich zusammen aus direktem Einkommen, Lantien, Spezen, Gratifikationen und Dividenden. Da muß schon ein ganzer Ministerrat beisammen sein, bis sie alle zusammen die Bezüge eines Direktors der Alfa erreichen. Deshalb waren auch die Arbeitszimmer der Direktoren ebenfalls so pomphaft ausgestattet. Polierte Doppeltüren, Schreibtische aus Mahagoni und vergoldete Linsenservice, Bücher- und Aktenschränke aus Kirschbaumholz, gefälschte Decken aus Zedernholz.

Oh, es lohnte sich schon, als Direktor bei der Alfa in der modernen Wundenburg im internationalen Maßstab am Wiederaufbau der nationalen Wirtschaft mitzuarbeiten.

Am dem Morgen, an dem die eleganten Wagen vorfahren, kam gegen elf Uhr der Generaldirektor aus seinem Heiligtum und begab sich, gefolgt von einigen Unterdirektoren, Stenotypistinnen und seiner Sekretärin, zum großen Sitzungssaal.

Dort hatten sich zu festgesetzter Zeit sämtliche Aktionäre versammelt. Der Herr Regierungsrat begrüßte den Herrn Kommerzienrat, der Großindustrielle den Bankier, Mitglieder einer wirtschaftsfördernden Volkspartei ihre Kollegen der nationalen Volkspartei, Fabrikherren aus der Tapeten- und Papierindustrie begrüßten andere aus der Industrie, ein Freiherr mit einem Monokel schüttelte einem ehemaligen General die Hand, Politiker, Wirtschaftsführer unterhielten sich mit Gelehrten, mehrere Herren von ganz besonders nationaler Gesinnung und französisch oder polnisch klingenden Namen lächelten verbindlich zu einigen Herren jüdischer Abstammung hinüber. Namen, Stand, Beruf, alles bedeutete heute nicht viel gegenüber der Gemeinlichkeit der Interessen, die sie wahrzunehmen gekommen waren. Alle führten an diesem Tage nur einen Titel, den schönsten, vornehmsten, einfluß- und einkommensreichsten, den der Hümpfling Profit zu vergeben hat, den Titel: Aktionär. Darum waren sie alle gekommen, keiner fehlte. Lanter prominente Persönlichkeiten. Sichlich erfreut hatten sie einander begrüßt, vernügt die Hände gerieben und sich dann langsam und schwer auf die weichgepolsterten Klubstühle niedergelassen.

„Ein wirklich angenehm überrascht von der stilvollen, zweckmäßigen Einrichtung des Neubaus“, sagte ein Bankier zu dem neben ihm sitzenden Freiherrn.

Dieser riefte sein Monokel zurecht und erwiderte sich räuspernd: „Ah, hm, ja, ebenfalls angenehm berührt. Wird nettes Sämmchen gekostet haben, die Riste.“

„Nicht einmal, Verehrtester“, beeilte sich ein Kommerzienrat zu sagen. „Ich hörte von vierundzwanzig Millionen.“

„Troßdem —, tiefes nettes Sämmchen“, niefte der Freiherr wieder.

„Aber bedenken Sie doch, mein lieber Freiherr“, entgegnete der Kommerzienrat, „die Verwaltung hat sichlich gespart. Ist ja auch sehr verständlich in solcher Notzeit.“

In diesem Augenblick kam der Generaldirektor und Vorsitzende des Aufsichtsrats mit seinem Stab durch die Aufbaumtür und ging, sich nach links und rechts verbeugend, zum Vorstandstisch. Sämtliche Aktionäre erhoben sich zum Gruß und setzten sich dann wieder, lautlos und erwartungsvoll.

Der Generaldirektor eröffnete die Generalversammlung mit einigen verbindlichen Begrüßungsworten und begann dann mit seinem Bericht, knapp und kurz. Noch um vieles kürzer als vor dem Aufsichtsrat. In einigen markanten Sätzen umriß er die Geschäftslage seines Berichtsjahres, nannte einzelne Zahlen über Absatz, Produktion, Rationalisierung, erzählte etwas über die Preisbildung der Rohmaterialien, Zwischenprodukte und Fertigfabrikate. Anschließend sprach er über die Preispolitik der Konkurrenz und über Zukunftsaussichten. Sehr vorsichtig ließ er sich aus über weitere Fiktionen, Investitionen und in Aussicht genommene Transaktionen.

(Fortsetzung folgt.)